

mo

SOS
MITMENSCH

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 66



INTERVIEW
MARIA
MAYRHOFER
#AUFSTEHN

IM GESPRÄCH
JÜDISCHE UND
MUSLIMISCHE
COMMUNITY

KOPFPORTAGE DAVON 1,25
2,50€
EURO FÜR

HUMANITÄRE AUFNAHME JETZT!

Was MO-Kolporteur*innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Illustration: P.M. Hoffmann

Humanitäre Aufnahme: Sichere Evakuierung statt lebensgefährliche Flucht.

Liebe Leserin Lieber Leser

Die öffentliche Sorge um Mädchen und Frauen in Afghanistan, seitdem die Taliban dort ein „Emirat“ ausgerufen haben, steht in einem pikanten Missverhältnis zur Bereitschaft der größeren Regierungspartei in Österreich, geschlossene Fluchtrouten zu öffnen. Zumindest nicht durch gezielte humanitäre Aufnahmeprogramme, wie sie mehrere EU-Länder mittlerweile vereinbart haben. Die Vorteile liegen auf der Hand: über das UNHCR kann eine gesteuerte und sichere Evakuierung von Menschen über Resettlement und andere Programme erfolgen. Österreich beteiligt sich nicht. Warum eigentlich nicht? Mehr dazu in unserem aktuellen Dossier.

Außerdem haben wir die Diskussion über die geplante Arbeitsmarktreform und die Debatte über die Höhe des Arbeitslosengeldes aufgegriffen. Ist es wirklich so toll, von 55 Prozent seines bisherigen Gehalts zu leben? Stimmen aus der Wirtschaft fordern sogar eine Senkung auf 40 Prozent. Ein spannendes Streitgespräch zwischen Rolf Gleißner (WKO) und dem Grünen-Abgeordneten Markus Koza.

Schön, dass es geklappt hat: In einem Doppelinterview sprechen wir mit Hager Abouwarda von der Muslimischen Jugend Österreichs (MJÖ) und Victoria Borochoy von der Jüdischen österreichischen Hochschüler*innenschaft (JöH) über ihre solidarischen Aktionen und ihr nicht immer leichtes Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft.

Gunnar Landsγγελ, Chefredakteur



Foto: Christopher Mavrič



Foto: Karin Wasner



Foto: Karin Wasner

Einstieg

2 CARTOON

„Das MO kostet weniger als eine Beinschab-Studie!“

3 EDITORIAL

6 NACHGEFRAGT ...

... bei Anwalt Gregor Klammer: „Kindeswohl spielt keine Rolle.“

7 HANDLUNGSBEDARF

Knaller und Stillstand. Wird es unter Karl Nehammer anders?

Dossier: Humanitäre Aufnahme jetzt!

8 HILFE VOR ORT REICHT NICHT AUS

EU-Staaten vereinbaren humanitäre Aufnahmeprogramme für Afghanistan. Österreich ist nicht dabei. Warum nicht?

12 EINE GOLDENE CHANCE

Salma, Haia und Rawad standen mitten im Leben, als der Krieg ihnen ihre Existenz nahm. Die Geschichte einer zweiten Chance.

15 GEORDNETE MIGRATION GEGEN SCHLEPPER

Manfred Nowak über einen neuen Pakt für Europas Flüchtlingspolitik.

Welt

18 FÜR EIN „NIEMALS WIEDER“ MUSS MAN DIE GESCHICHTE KENNEN

Am 8. April ist der Internationale Tag der Roma. Wie geht es der Volksgruppe in Österreich?

21 „EINE PETITION IST OFT EIN TÜRÖFFNER“

Maria Mayrhofer über die Möglichkeiten der Kampagnenorganisation #aufstehn.

24 MAN MUSS DIE KIRCHE SCHON IM DORF LASSEN

Arbeitsmarktreform und Arbeitslosengeld-Debatte: Ein Streitgespräch zwischen Markus Koza (Grüne) und Rolf Gleißner (WKO).

30 NICHT NUR SONNE IM SÜDEN

Portugal ist nicht nur Urlaubsparadies, sondern durch rigide Kreditvorgaben sozial in Schieflage. Dabei wird es von Sozialisten regiert.

33 IMPRESSUM

34 „DAS GIBT EINEM EIN BESTÄRKENDES GEFÜHL“

Victoria Borochoy von der Jüdischen österreichischen Hochschüler*innenschaft und Hager Abouwarda von der Muslimischen Jugend Österreichs im Gespräch.

Rubriken

38 KOLUMNEN

Martin Schenk: Verachtet und dennoch gebraucht
Philipp Sonderegger: Weniger Polizei!
Clara Akinyosoye: Eine Strategie gegen Rassismus

40 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Die Grünen, der Sideletter und das Kopftuch.
Kolumne: Nour El-Houda Khelifi

41 MEDIEN

Bücher, Bücher, Bücher: Mich hat nicht gewundert, dass sie auf Mädchen steht / Gemeinsam gegen Rechts / Und doch sind alle Äpfel rund ... / Lagos – Leben in Suburbia / Wir sind noch da! / Kritik des Antisemitismus

45 SOS MITMENSCH: NEWS

31. Mai bis 9. Juni: Online-Benefizauktion zeitgenössischer Kunst!

46 ANDERE ÜBER ...

Michael Ludwig am Betonweg
Kommentar: Die Klimaaktivistin Lena Schilling

ICH HAB JA
NIX GEGEN
AUSLÄNDER,
ABER...

FÜR EINE MENSCHEN-
WÜRDIGE GESELLSCHAFT
OHNE WENN UND ABER.

SOS Mitmensch setzt sich kompromisslos für Menschenwürde ein. Helfen Sie uns dabei – mit Ihrer Spende.
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590, BIC: BAWAATWW. Mehr Informationen unter www.sosmitmensch.at
SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.



NACHGEFRAGT

„Kindeswohl spielt keine Rolle“

Ende August 2021 war die Abschiebung einer Familie aus Nigeria, die seit acht Jahren in Vorarlberg lebt, bereits eingeleitet. Der Rechtsanwalt Gregor Klammer konnte die Abschiebung in letzter Minute stoppen.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL



Wie geht es der Familie heute?

Die Familie befindet sich weiterhin in Österreich, kürzlich hatte mein Kollege die Einvernahme beim BFA (Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl). Da wird geklärt, wie es weitergeht, ob ein Gutachter bestellt wird, der die Diagnose Autismus überprüft.

Warum wurde die Abschiebung trotz dieser Diagnose eingeleitet?

Die Diagnose wurde den Behörden erst bekannt, als man die Familie ins Abschiebezentrum gebracht hat. Da bin ich von der Schuldirektorin des betroffenen Kindes kontaktiert worden. Ich habe dann die Behörden informiert und einen Folgeasylantrag gestellt. Das ist so üblich, wenn sich die Situation verändert hat.

Die Familie gilt als sehr gut integriert, spielt das bei Abschiebungen eine Rolle?

Die Integration ist nicht ausschlaggebend. Im konkreten Fall war es so, dass es durch die Geburt der vier Kinder mehrere Asylofgeanträge gegeben hat, dann muss jedesmal geklärt werden, ob dieses Kind im Herkunftsland un gefährdet aufwachsen kann. Dadurch geht das Verfahren über mehrere Jahre. Wenn jemand hier jahrelang auf einen

Entscheid wartet und es in dem Fall keinerlei Schwierigkeiten gibt, dann liegen die Sympathien sozusagen beim Asylwerber.

Im vergangenen Jahr hat die Kindeswohl-Kommission, geleitet von Irmgard Griss, ihren Abschlussbericht veröffentlicht. Wird das Kindeswohl, obwohl in Verfassungsrang, tatsächlich zu wenig berücksichtigt?

Kindeswohl-Fälle habe ich immer wieder. Das könnte man in der Praxis sapperlopp als „Micky-Mouse-Thema“ bezeichnen. Das interessiert niemanden: nicht die Richter, nicht den Verwaltungsgerichtshof, nicht den Verfassungsgerichtshof. Das ist, als würde man mit der Wand sprechen.

Das klingt dramatisch. Sehen Sie seit der Veröffentlichung des Berichts eine Veränderung?

Schwer zu sagen, ich selbst habe keine Veränderung in der Praxis wahrgenommen. Ich habe gerade einen ähnlichen Fall, eine Mutter aus Georgien mit einem siebenjährigen Kind, das auch eine Entwicklungsstörung hat. Die Mutter lebt seit 11 Jahren in Österreich, ist als Studentin gekommen. Sie hat einen Asylantrag gestellt, ein Aufenthaltstitel wurde ihr aber verweigert.

Wie ist die Situation hier?

Sie spricht fließend Deutsch, hätte ein Angebot für einen Arbeitsvertrag, hat ihr ganzes Erwachsenenleben hier verbracht. Der Fall ihres Sohnes ist nun separat beim Bundesverwaltungsgericht anhängig. Selbstverständlich muß in einem solchen Fall das Kindeswohl eine zentrale Rolle spielen. In der Vergangenheit habe ich das bei nicht-österreichischen Kindern aber nicht erlebt. Positiv ist anzumerken, dass in diesem Fall der Richter zumindest nun bereit war, ein Gutachten zum Gesundheitszustand des Kindes einzuholen – allerdings nur, weil hier eine nicht zu leugnende Entwicklungsstörung vorliegt. Obwohl wir von einem Gesetz in Verfassungsrang sprechen, nach dem bei allen Kindern das Kindeswohl vorrangige Überlegungen genießen muss, gab es bisher in der Praxis bei ausländischen Kindern keine Überlegungen dazu. Wenn man das beim Verfassungsgerichtshof anspricht, wird das, ohne darauf einzugehen, wegen geringer Aussichten auf Erfolg zurückgewiesen. So erlebe ich das in der Praxis. (gun)

Gregor Klammer hat in Wien und England Jus studiert. Nach seinem Studium war er in mehreren Wiener Kanzleien tätig und vertrat internationale Mandanten in Großverfahren.

HANDLUNGSBEDARF

Knaller und Stillstand

Sebastian Kurz hat es verstanden, die Öffentlichkeit mit Knaller-Politik zu beschäftigen. Wird es unter Karl Nehammer anders werden?

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Das türkische Team hat es gezielt krachen lassen. Chatnachrichten zeigen, dass ein enger Vertrauter von Sebastian Kurz im Jahr 2016 beim Innenministerium „fremdenrechtliche Knaller“ bestellte und diese dann prompt geliefert bekam. Ein Einzelfall? Wohl kaum. Mehrere türkische Aktionen stehen unter dringendem Knaller-Verdacht: etwa die brutale Abschiebung mehrerer hier geborener Mädchen oder die groß inszenierte und brachial durchgeführte „Operation Luxor“ oder die so genannte „Indexierung der Familienbeihilfe“ oder die Ankündigung der Streichung der Sozialhilfe für Asylberechtigte und vieles mehr. Die Vorgangsweise war dabei skrupellos und ohne jegliche Rücksicht auf betroffene Menschenschicksale. Selbst vor der Verletzung des Kindeswohls wurde nicht zurückgeschreckt. Um Lösungen für konkrete Probleme ging es hingegen nicht. Denn auf der anderen Seite der Bilanz von Kurz & Co. steht der nahezu totale Stillstand bei Menschenrechts- und Integrationsthemen.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Für wichtige Fragen, wie etwa das

Schicksal der hunderttausenden hier geborenen Kinder und Jugendlichen, denen der Zugang zur Staatsbürgerschaft verwehrt ist, herrscht in der Regierung komplettes Desinteresse. Auch über die humanitäre Aufnahme akut bedrohter Menschen, wie etwa afghanische Frauenrechtsaktivistinnen, wollen die politisch Verantwortlichen nicht sprechen. Und das, obwohl namhafte Expert*innen darauf hinweisen, dass eine aktive Aufnahmepolitik die Schlepperei eindämmen und positive gesellschaftliche Effekte für Österreich bewirken könnte.

Der Wettkampf im rechten Lager, wer am besten die Bevölkerung entlang fremdenfeindlicher und rassistischer Kriterien spalten kann, hat zu politischen Lähmungserscheinungen geführt. Integrationspolitische Fortschritte, wie etwa die Aufhebung des berüchtigten Bartenstein-Erlasses, der Asylsuchenden den Zugang zur Arbeit versperrte, wurden in der Ära Kurz ausschließlich durch Urteile von hohen Gerichtshöfen erzielt.

Bundeskanzler Karl Nehammer war bei vielen mutmaßlichen türkischen Knaller-

Aktionen nicht nur Zuschauer, sondern ein wesentlicher Akteur. Er hat jenes Innenministerium geleitet, das federführend bei fragwürdigen Operationen war und inzwischen durch Chatprotokolle, die radikale Parteibuchwirtschaft offenlegen, sowie durch umstrittene Postenbesetzungen stark in die Kritik geraten ist.

Es fällt daher schwer, Nehammer einen Vertrauensvorschuss für eine konstruktivere Politik zu geben. Er hat sich keine Chance verdient. Dennoch macht es Sinn, sie ihm zumindest kurz zu gewähren. Denn das unterscheidet einen vernünftigen Politikzugang von der destruktiven Politik-Show, die die Türken in den vergangenen Jahren abgezogen haben.

Viel Zeit, um positiv zu überraschen, hat Nehammer jedoch nicht. Ein wichtiger Schritt wäre, wenn er das ernst nehmen würde, was er selbst kürzlich im „profil“ gesagt hat: „Eine Gesellschaft, die nicht bereit ist, Menschen von woanders zu akzeptieren, ist eine in sich geschlossene, ganz verengte Gesellschaft. Das war Österreich noch nie.“



Illustration: Petja Dimitrova

HILFE VOR ORT REICHT NICHT AUS

Weil die Fluchtwege nach Europa dicht sind, setzen einige Staaten im Zuge der Afghanistan-Krise verstärkt auf humanitäre Aufnahmeprogramme. Österreich ist nicht dabei. Warum eigentlich nicht?

Text: Sophia Reiterer

Seit den dramatischen Bildern der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan ist nun auch die Debatte über die Aufnahme von Geflüchteten in Europa wieder entbrannt. Die Außengrenzen sind dicht, es ist fast unmöglich geworden, europäischen Boden zu erreichen, um einen Antrag auf Asyl zu stellen. Und falls das doch gelingt, dann sitzen die Menschen in Lagern wie in Griechenland fest. Seit Jahren schafft es die EU nicht, eine solidarische Verteilung der Geflüchteten durchzusetzen, auch wenn man mit einem neu aufgesetzten Fonds (AMIF) bis 2027 rund neun Milliarden Euro für Flüchtlingshilfe zur Verfügung stellt. Im Dezember hatte selbst Papst Franziskus im Zuge der Afghanistankrise an alle sicheren Länder appelliert, Flüchtlinge und Migrant*innen aufzunehmen. Während er die Lager in Zypern und Griechenland besuchte, rügte er einige europäische Länder, die ihrer Verantwortung nicht gerecht würden. Österreichs Neokanzler Karl Nehammer fühlt sich nicht

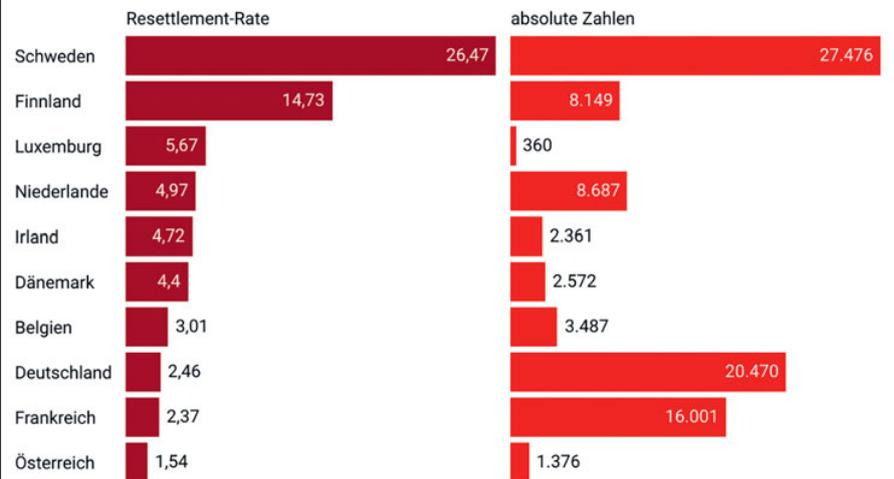


Humanitäre Aufnahme: Sichere Evakuierung von Schutzbedürftigen statt gefährlicher Fluchtrouten.

in der Pflicht und wies den Appell des Papstes, den auch die Österreichische Bischofskonferenz aufgriff, zurück. Man habe dieses Jahr bereits hunderten Familien geholfen und kümmere sich um 1.500 ins Land gekommene unbegleitete Jugendliche. Nun mehren sich aber die Forderungen, besonders schutzbedürftige Menschen gezielt über humanitäre Aufnahmeprogramme ins Land zu holen. Schweden macht das bereits und hat – zusätzlich zur regulären Asylpolitik – die Quote für humanitäre Aufnahme auf 5.000 Menschen erhöht. Der österreichische Migrationsexperte Gerald Knaus bezieht sich auf das deutsche Modell, wenn er für Österreich vorschlägt, eine Aufnahmequote von 0,05 Prozent der Bevölkerung jährlich über gezielte Resettlement-Programme aufzunehmen. Damit könne etwa Frauen in Afghanistan geholfen werden, die besonders gefährdet sind. Verschiedenste Initiativen haben in Österreich bereits ihre Unterstützung für die Ankömmlinge bekundet. Auch, wenn solche Programme zahlenmäßig nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, könne man so gezielt helfen, so Knaus. Immerhin könne damit auch die Schlepperei zurückgedrängt werden, sagt der Menschenrechtsexperte Manfred Nowak (im Gespräch in dieser Ausgabe), indem man Menschen legale Fluchtwege etwa über Arbeits- und Studierenden-Visa anbietet. Fakt ist, dass in der EU mittlerweile 15 Staaten vereinbart haben, über humanitäre Programme 40.000 Schutzbedürftigen eine reguläre Flucht zu ermöglichen. Österreich beteiligt sich nicht daran – und war auch nicht bereit, die afghanische Forscherin und Frauenrechtsaktivistin Amina Karimyan aufzunehmen, obwohl man der 25-jährigen Astronomin ein Visum für einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt zugesagt hatte. Der Fall ging durch die Medien. Karimyan

Resettlement-Rate in der EU

Ankünfte pro 10.000 Einwohner*innen zwischen 2011 und 2020



Grafik: SOS Mitmensch • Quelle: UNHCR Resettlement Data Finder • Erstellt mit Datawrapper

Österreich beteiligt sich seit 2018 nicht mehr an Resettlement-Programmen. Schweden hat seine humanitären Aufnahme zusätzlich zur regulären Asylpolitik auf 5.000 Menschen pro Jahr erhöht.

war trotz des Risikos in die pakistanische Hauptstadt Islamabad gereist, um an der österreichischen Botschaft das Visum abzuholen. Auf dem Weg wurde sie von Taliban geschlagen und kurzzeitig verhaftet. Doch dann verweigerte man ihr das Visum, obwohl mehrere

MAN KÖNNTE 0,05 PROZENT DER BEVÖLKERUNG GEZIELT ÜBER RESETTLEMENT AUFNEHMEN. GERALD KNAUS

österreichische Einrichtungen sie eingeladen hatten. Nachdem Karimyan monatelang mittellos in Islamabad festsaf, gewährte ihr schließlich Deutschland ein Visum.

Vorteile humanitärer Programme

Dabei hätten Resettlement-Programme durchaus Vorteile, wie die Migrationsforscherin an der WU Wien, Judith Kohlenberger, bemerkt: „Man hat eine gewisse ‚Kontrolle‘ darüber, wer aufgenommen wird und die Aufnahme verläuft in systematischen Bahnen.“ Dass Österreich sich derzeit nicht an Resettlement-Programmen beteiligt, kann

einerseits durch die geografische Lage erklärt werden. Kohlenberger weist darauf hin, dass Österreich als Binnenland eine erhöhte Ankunftsrate von Menschen auf der Flucht habe. Für gewöhnlich haben solche Länder hohe Resettlement-Quoten, die auf dem Land- oder Seeweg nicht gut erreichbar sind, wie zum Beispiel Kanada. Obwohl Österreich sehr vieles im Zuge des „Sommer der Migration 2015“, wie Kohlenberger ihn nennt, richtig gemacht hat, hegt sich seitdem in der Bevölkerung eine starke Migrations skepsis. „Diese Skepsis wird auch durch den aktuellen defizitorientierten Flucht- und Migrationsdiskurs in der ganzen EU befeuert“, ergänzt Kohlenberger. Das Motto der EU sei derzeit Kohlenberger zufolge „mehr Abschottung als Aufnahme, weniger Schutz der Schutzsuchenden als Schutz der Grenzen.“

Beachtliche Lernkurve

Nun stimmt der aktuell stark defizitorientierte Fluchtdiskurs nicht unbedingt mit der Realität überein. Eigentlich wurde schon in den Jahren 2013 bis 2018 bewiesen, dass die Bevölkerung und



Judith Kohlenberger über das „Asyl-Paradox“: Menschen müssen für Hilfe Recht brechen.



Ruth Schöffl (UNHCR): Hoffte, dass Österreich sein Resettlement-Programm wieder aktiviert.

NGOs im Zusammenspiel mit der Regierung in der Lage ist, Geflüchtete umfassend zu betreuen. Ruth Schöffl von UNHCR Österreich hofft deshalb, dass man zeitnah wieder ein Resettlement-Programm auf die Beine stellt. „Österreich hat zwischen 2013 und 2018 eine beachtliche Lernkurve hingelegt“, sagt Schöffl, und meint damit die Resettlement-Programme für syrische Geflüchtete. Behörden und NGOs haben die Programme überarbeitet und verbessert. Am Ende haben NGOs in einigen Gemeinden Österreichs sogar ein Buddy-System installiert, bei dem Geflüchtete mit lokalen Menschen in einem engen Betreuungsverhältnis standen und eine Ansprechperson direkt vor Ort hatten. „Von NGOs und Behörden wurde ein ganzes Paket geschnürt“, ergänzt Schöffl. Gemeinsam wurde versucht, jeden Schritt zu professionalisieren, um zum Beispiel die Wohnungssuche zu erleichtern oder kulturelle Begleitung zu ermöglichen.

Beteiligt an diesen Resettlement-Programmen war die ARGE Resettlement. Sie ist ein Zusammenschluss aus Caritas, Diakonie und Rotem Kreuz. Zwischen 2013 und 2018 hat die ARGE Resettlement rund 1.300 vulnerable syrische Geflüchtete betreut, die über drei humanitäre Aufnahme-Programme nach Österreich gekommen sind. Anna Magdalena Bentajou von der Caritas Öster-

reich beschreibt, welche Aufgaben die ARGE übernimmt: „Unsere Arbeit beginnt schon vor der Ankunft am Flughafen. Wir organisieren Wohnraum, helfen bei der psychologischen Stabilisierung und bieten individuelle Beratung an, um zu schauen, was die Menschen brauchen.“ Auch wenn es um Bildung und Arbeit geht, half man den Menschen, um in die Selbständigkeit zu finden.

„Wir haben schon so viele aufgenommen“

Die Frage, warum Österreich sich derzeit nicht an Resettlement-Programmen beteiligt, wird von der Politik oft mit einem „Wir haben schon so viele aufgenommen“ abgeschmettert. Judith Kohlenberger würde dieser Haltung argumentativ auf mehreren Ebenen begegnen. Tatsächlich haben einzelne Betroffene nichts davon, wenn vor fünf Jahren schon „so viele“ Menschen aufgenommen wurden. Humanitäre Hilfe von damals kann nicht vor aktueller Verantwortung entbinden, wenn man an die Machtübernahme der Taliban denkt. Auch die Fakten sprechen gegen so ein Argument – „so viele“ sind es in einem globalen Kontext nämlich gar nicht, die aufgenommen wurden: „2015 waren es nur sechs Prozent aller Geflüchteten weltweit, die in der EU aufgenommen wurden. Der Großteil der Geflüchteten findet im globalen Süden

Zuflucht“, rückt Kohlenberger die Verhältnisse zurecht. Dazu gibt es ein eklatantes Ungleichgewicht zwischen Schutzsuchenden und tatsächlich aufgenommenen Menschen. Ruth Schöffl spricht von weltweit 39.266 Menschen, die 2021 aufgenommen wurden. Der Bedarf an Resettlement-Plätzen liegt laut UNHCR hingegen bei 1,5 Millionen Plätzen jährlich.

Ein weiteres Argument gegen die Wiederaufnahme von Resettlement-Kontingenten in das Regierungsprogramm ist: „Wir müssen vor Ort helfen, um Flucht gar nicht erst notwendig zu machen.“ Anna Magdalena Bentajou von der ARGE Resettlement hält dem entgegen, dass die alleinige Hilfe vor Ort nicht ausreicht. Das sind oft Gebiete, in denen Krisen bereits jahrelang bestehen, wie eben in den Nachbarländern Afghanistans: „Deshalb reicht Hilfe vor Ort nicht aus. Einfach deshalb, weil es Personen gibt, die gefährdet sind, und in den Erstzufluchtsländern nicht den Schutz und die Betreuung finden, die sie brauchen.“ Man denke an den Libanon, wo neun von zehn syrischen Geflüchteten in extremer Armut leben. Bentajou sagt, es geht hier um Personen, die gar nicht die Ressourcen und Möglichkeiten hätten, sich in diesem Kontext Alternativen zu erarbeiten.

Dieses Problem beschreibt Judith Kohlenberger als „Asylparadox“. Menschen müssten demnach illegal Grenzen überschreiten, um überhaupt in die Lage zu kommen, Asyl zu beantragen. Sie müssten also Recht brechen – oftmals mit der Hilfe von Schlepper-Organisationen – um zu ihrem Recht zu kommen, nämlich in einem sicheren Land Asyl zu bekommen. Dass damit Schleppern in die Karten gespielt wird, ist für Judith Kohlenberger ein zentrales Problem. „Menschen verschulden sich zum Teil enorm, um die Hilfe von Schleppern in Anspruch zu nehmen“, stellt die Kulturwissenschaftlerin fest. Zudem verschwimme hier die Grenze zwischen Menschenhandel und Schlepperei, wenn zum Beispiel Menschen in die

Zwangsprostitution gezwungen würden, etwa um Schulden bei den Schleppern zu bezahlen.

Resettlement nur Zusatzprogramme

Spricht man von humanitärer Aufnahme, dann spricht man von einem grundsätzlichen Akt der Solidarität Menschen, aber auch anderen Staaten gegenüber. Resettlement-Programme sind Ruth Schöffl zufolge für UNHCR besonders wertvoll, weil sie so gut planbar sind. Einerseits für die Geflüchteten und andererseits für die Staaten. Sie ergänzt, dass solche Programme aber nur Zusatzprogramme sein könnten: „Es ist so wichtig, dass alle Staaten immer alle Grenzen für Schutzsuchende offenhalten.“ Auch die ARGE Resettlement vertritt diesen Standpunkt: „Unser Ansatz ist, dass die verschiedenen Formen der Hilfe nebeneinander bestehen. Es muss ja nicht ein entweder oder sein.“

Bentajou betont die Dringlichkeit, Resettlement-Kontingente wieder in das österreichische Regierungsprogramm aufzunehmen. Vergangenes Jahr hat die ARGE Resettlement ein Konzept entworfen, in das auch die bisherigen Erfahrungen eingeflossen sind. Die Gespräche mit der Politik sind aber eher zäh. Bentajou dazu: „Mein Eindruck ist, dass es zurzeit nicht um die Frage des ‚wie‘, sondern vielmehr um ein klares ‚nein‘ als politische Haltung geht. Da wird derzeit einfach abgeblockt.“

Der Appell der Expert*innen ist also deutlich: Humanitäre Aufnahme, Resettlement- und Relocation-Programme sind unverzichtbar. Es gibt viele Menschen in Österreich, die bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen. Etwa die zivilgesellschaftliche Initiative „Courage Jetzt!“, die von bekannten Persönlichkeiten wie Katharina Stemberger, Cornelius Obonya, Christian Konrad, Julia Rabinovich oder Michael Ostrowski initiiert wurde. Gemeinsames Ziel ist es, Menschen aus den griechischen Lagern zu retten sowie Hilfslieferungen in die Lager zu organisieren, „wo die Kleinsten



Eine von zahlreichen Initiativen: „Courage - Mut zur Menschlichkeit“. Cornelius Obonya und Nicola Werdenigg übergeben Survival Kits an Doro Blanke für die griechischen Lager.

weiterhin in Dreck und Kälte ausharren müssen“, so Obonya. Auf Facebook wird aktuell über Aktivitäten berichtet, auf der Website der Initiative sieht man eine „Landkarte der sicheren Plätze in Österreich“, wo Personen versorgt und unterstützt werden können. Was bislang fehlt: das Einverständnis der Regierung.

ES WÄRE GUT, DAUERHAFTE PROGRAMME ZU STARTEN. DANN LIESSE SICH DIE AUFNAHME BESSER STEuern.

Ganz grundsätzlich wäre es für die Flüchtlingshilfe jedenfalls gut, dauerhafte Programme aufzusetzen. Das liegt für Bentajou auf der Hand. Die Aufnahme ließe sich besser steuern, es wären Freiwillige bereit, und man könnte „einfacher planen und in die Zukunft schauen.“ Ob es nun der Papst, die christliche Menschenliebe, die Zahlen und Fakten oder humanitäre Krisen sind, die als triftigstes Argument herangezogen werden: Keine Kontingente für humanitäre Aufnahme bereitzustellen ist 2022 für einen Staat keine Option.

Jetzt unterschreiben:
www.humanitaere-aufnahme.at

Relocation: Während dieser Begriff im Forschungs-Kontext als Programm verstanden wird, bei dem Geflüchtete aus Erstaufnahmelagern, zum Beispiel auf den griechischen Inseln, durch EU-Mitgliedsstaaten übersiedelt werden, wird er auch für andere Programme benutzt. In Bezug auf die aktuelle Lage in Afghanistan zum Beispiel sprechen Staaten wie Großbritannien von Relocation, obwohl genau genommen die Evakuierung von gefährdeten Personen direkt aus dem Krisengebiet gemeint ist. Auf EU-Ebene ist Relocation als Solidaritätsprogramm zu verstehen, um Schutzberechtigte auf Mitgliedsstaaten zu verteilen.

Humanitäre Aufnahme: Ein Überbegriff für unterschiedliche Programme für die Aufnahme von Menschen aus Krisengebieten über legale und sichere Wege. Dabei werden Menschen auch oft aus Krisenstaaten evakuiert.

Resettlement ist laut Ruth Schöffl (UNHCR) ein Aufnahmeprogramm für Menschen, die bereits aus dem Heimatland geflohen sind und oft in einem Lager leben. Sie kommen für einen Transfer in einen Drittstaat dann in Frage, wenn sie besonders vulnerabel sind. Die Kriterien legt das UNHCR fest. Es geht dabei etwa um fehlende medizinische Behandlungen im Erstaufnahmeland oder eine Gefährdung der Person aufgrund ihrer sexuellen Orientierung.



Sichere Flucht: Lehrerin Salma Youssef wurde mit ihrer Familie für humanitäre Aufnahme ausgewählt.

EINE GOLDENE CHANCE

Salma Youssef, Haia Haddad und Rawad Zyadeh standen mitten im Leben, als der Krieg ihnen Existenz und Perspektive nahm. Ein humanitäres Aufnahmeprogramm gab ihnen beides zurück. Die Geschichte einer zweiten Chance.

Text: Sonja Kittel

Es waren nur zwanzig Minuten, trotzdem werden Salma Youssef und ihre drei Kinder sie nie vergessen. Zwanzig Minuten, um zu Fuß aus Syrien in den Libanon zu fliehen. Im Zickzack, um den Landminen zu entgehen. In Todesangst, weil sie nicht wuss-

ten, was im nächsten Moment passieren würde. Es war das Jahr 2012, als in Syrien bereits seit einem Jahr der Bürgerkrieg tobte. Salma Youssefs Mann war im Gefängnis, sie und ihre Kinder nicht mehr sicher. Youssef ist eine starke Frau, doch wenn die heute 40-jährige darüber

nachdenkt, dass andere Menschen wochen- oder monatelang auf der Flucht sind, darunter kleine Kinder, oft alleine, hungrig, schmutzig und verängstigt, dann kommen ihr fast die Tränen. Youssef und ihrer Familie blieb dieses Leid erspart, weil sie für ein humani-



Auch Haia Haddad konnte den syrischen Kriegswirren 2015 sicher entkommen. Damals hatte Österreich noch ein humanitäres Aufnahmeprogramm.

täres Aufnahmeprogramm ausgewählt wurden. 2015 ging es via Resettlement nach Graz und in ein neues Leben.

Drei humanitäre Aufnahmeprogramme in den Jahren von 2013 bis 2018 ermöglichten es 1.250 schutzbedürftigen Menschen, in Österreich ein neues Leben in Sicherheit zu beginnen. Georg Plentner, Mitarbeiter der Caritas Graz, war bei allen drei Programmen Teil eines Teams, das die Menschen nach ihrer Ankunft in Österreich für ein Jahr begleitete. Vor sieben Jahren begrüßte er Salma Youssef, ihren Mann und die drei Kinder in ihrer neuen Wohnung in Graz, die die Caritas vorab organisiert hatte. Er und seine Kolleginnen unterstützten bei Behördengängen, meldeten die Kinder für Kindergarten und Schule an und kümmerten sich um Deutschkurse. „Einmal pro Woche gab es einen Termin, bei dem allfällige Probleme besprochen wurden. Wir haben auch versucht herauszuarbeiten, welche Zukunftsperspektiven es gibt. Manchmal sind wir auch

einfach gemeinsam zu einem Fußballspiel gegangen“, erzählt Plentner.

Über die Kirche zum Resettlement

Auch Haia Haddad kam 2015 über ein humanitäres Aufnahmeprogramm nach Österreich. Als der Krieg in Syrien ausbrach, war für sie und ihre Familie klar, dass sie dort keine Zukunft mehr hat-

EINE FLUCHT ÜBER DAS MEER KAM FÜR UNS NICHT IN FRAGE, WEIL ES ZU GEFÄHRLICH UND TEUER WAR. HAIA HADDAD

ten. Haddad versuchte erfolglos über ein Studierendenvisum nach Deutschland oder in die USA zu kommen. „Eine Flucht über das Meer kam für uns nicht in Frage, weil es viel zu gefährlich und zu teuer war,“ erinnert sie sich. Über die Kirche erfuhren sie von der Möglichkeit über Resettlement nach Österreich zu kommen und meldeten sich beim UNHCR. In der Zwischenzeit waren

Haddad und ihre Schwestern in den Libanon geflohen. Nach ungefähr einem Jahr hatten sie ihr erstes Interview bei der Österreichischen Botschaft und nach der Übermittlung zahlreicher Dokumente und einem zweiten Interview bekamen sie die Nachricht, dass sie nach Österreich reisen durften.

„Für mich war das eine goldene Chance“, sagt Rawad Zyadeh heute über die Möglichkeit, nach Deutschland zu kommen und sich dort ein neues Leben aufzubauen. „Ich hatte ein gutes Leben in Syrien und genoss auch auf gesellschaftlicher Ebene einen gewissen Respekt als Anwalt. Dann habe ich alles verloren, meine Freunde, mein Geld, einen Teil meiner Familie.“ Zyadeh hat in Syrien Jus studiert und einen Master in öffentlichem Recht abgeschlossen. Als der Krieg begann, wurde er aufgrund seiner politischen Meinung verfolgt, sein Haus zerbombt. Er floh in den Libanon, meldete sich beim UNHCR als Flüchtling und schlug sich als Kellner durch. Als er

die Hoffnung auf ein gutes Leben schon fast aufgegeben hatte, kam die Zusage für das Resettlement. Sein Vater war in den siebziger Jahren für einen Studienaufenthalt in Deutschland gewesen, jetzt kehrte er gemeinsam mit seiner Familie zurück.

Verschiedene Aufnahme-Schwerpunkte

Salma Youssef, Haia Haddad und Rawad Zyadeh sind drei der wenigen Menschen, die über ein humanitäres Aufnahmeprogramm legal nach Österreich, bzw. Deutschland kommen konnten. Das UNHCR hat bestimmte Vulnerabilitätskriterien festgelegt, um eine Auswahl treffen zu können. Laut Georg Plentner hatten die Programme in Österreich jeweils einen anderen Aufnahme-Schwerpunkt: Gefängnis- und Foltererfahrung, medizinische Probleme und Anknüpfungspunkte in Österreich. Auch die „Integrationsfähigkeit“ sei ein wichtiges Kriterium, wie Zyadeh bei seinen Interviews erfahren hat. Wie schnell die Menschen sich dann tatsächlich in ihrem neuen Zuhause zurechtfinden und ein selbstständiges Leben führen können, hängt allerdings von vielen Faktoren ab.

Rawad Zyadeh, der nun schon seit drei Jahren beim Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge ins Schleswig-Holstein arbeitet, hat einen Master in „Migration und Diversität“ an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel absolviert und seine Masterarbeit zum Thema Resettlement geschrieben. Der 38-Jährige führte Interviews mit Personen, die vor mehr als sechs Jahren über ein Resettlement-Programm nach Deutschland gekommen sind und erfragte ihren Werdegang. Viele hatten schlechte Erfahrungen mit Behörden gemacht und aufgrund falscher Vorstellungen Enttäuschungen erlebt. Auch Georg Plentner hat in seiner Arbeit ähnliche Erfahrungen gemacht. Beide wünschen sich für zukünftige Aufnahmeprogramme eine bessere Vorbereitung im Herkunftsland und Mentoring-Programme nach der Ankunft.



Georg Plentner (Caritas) begleitete Menschen nach ihrer Ankunft in Österreich.

Dass solche Programme dennoch Sinn machen, liegt für beide auf der Hand. „Die Menschen müssen keine abenteuerliche Flucht unternehmen. Ihre Reise ist organisiert und sicher“, sagt Plentner. „Humanitäre Aufnahmeprogramme machen Sinn, weil sie Leben

RESETTLEMENT: FAND BEI TÜRKIS-GRÜNER REGIERUNG NICHT EINMAL MEHR INS REGIERUNGSPROGRAMM.

retten,“ betont auch Zyadeh. Er selbst hatte Glück. Als er und seine Familie in dem kleinen Ort in Schleswig-Holstein ankamen, warteten schon der Bürgermeister und seine Frau in ihrer Wohnung. Sie luden sie zum Jahresempfang der Gemeinde ein und Zyadehs Vater, der bereits Deutsch konnte, hielt einen Vortrag über Syrien. „Viele Anwesende gingen auf uns zu und haben gefragt, welche Bedürfnisse wir haben. Sie kamen in den nächsten Monaten immer wieder und haben uns geholfen mit dem Papierkram, der Ausländerbehörde und dem Jobcenter“, erzählt Zyadeh. „Wir hatten Glück. Die Kontakte sind bis jetzt aufrecht und wir sind Freunde geworden. Ich habe vor drei Jahren hier in Deutschland geheiratet und alle waren eingeladen.“

Schnell ins neue Leben gefunden

Auch Haia Haddad konnte schnell in ihr neues Leben in Wien starten. Sie lernte Deutsch und fand nach eineinhalb Jahren ihren ersten Job. Daneben inskribierte sie über das MORE-Programm an der WU, um ihr Studium abzuschließen. In Syrien hatte sie BWL studiert und es fehlten nur noch wenige Prüfungen. Seit eineinhalb Jahren ist die 27-Jährige bei der Österreichischen Post tätig und nimmt dort an einem Ausbildungsprogramm für IT und Projektmanagement teil. In ihrer Freizeit reist sie gerne und verbringt viel Zeit mit ihren Schwestern und Freunden. Sie versucht sich auch als DJ und macht, wenn Zeit bleibt, Musik. „Wenn ich in Syrien geblieben wäre, hätte ich keine Arbeit, keine Zukunft und ich wäre in ein Leben gezwungen worden, das ich nicht will. Ich schätze es sehr, dass ich diese wunderbare zweite Chance bekommen habe und ich glaube auch andere Menschen haben ein Recht darauf“, sagt Haddad.

Obwohl derzeit nur knapp fünf von hundert besonders schutzbedürftigen Geflüchteten Schutz in einem sicheren Aufnahmeland erhalten haben, hat Österreich sämtliche humanitäre Aufnahmeprogramme eingestellt. Die derzeitige türkis-grüne Regierung hat das Thema nicht einmal mehr ins Regierungsprogramm aufgenommen. „Die Kinder können diese Geschichten nie vergessen. Sie werden mit dem Gefühl im Herz geboren, dass sie nicht gewollt werden, alleine sind und keine Unterstützung bekommen. Sie sollten ihre Zeit mit Lernen und Spielen verbringen, nicht so“, sagt Salma Youssef. Die 40-Jährige und ihre Familie haben durch das humanitäre Aufnahmeprogramm die Möglichkeit auf das bekommen, was eigentlich selbstverständlich sein sollte. Sie und ihr Mann arbeiten, ihr ältester Sohn macht derzeit eine Lehre, ihre Tochter und der jüngere Sohn besuchen das Gymnasium. Sie können in Sicherheit und Frieden leben, vielen anderen Menschen bleibt das weiterhin verwehrt.

MIT GEORDNETER MIGRATIONSPOLITIK GEGEN SCHLEPPEREI

Seit vier Jahren hat Österreich keine einzige schutzbedürftige Person mehr über ein humanitäres Aufnahmeprogramm ins Land geholt. Ein Gespräch mit dem Menschenrechtsexperten Manfred Nowak über einen neuen Pakt für Europas Flüchtlingspolitik und finanzielle Anreize, mit denen einiges geregelt werden könnte.

Interview: Magdalena Stern

Kürzlich haben sich einige EU-Staaten darauf geeinigt, 40.000 Afghan*innen im Rahmen eines humanitären Aufnahmeprogramms Schutz zu bieten. Welche Rolle kann so ein Programm spielen, gerade in einer Situation wie in Afghanistan?

Die Beschlüsse, die in diesem High-Level-Resettlement Forum gefasst wurden, gehen ja sogar über die Aufnahme von 40.000 schutzbedürftigen Afghan*innen hinaus. Insgesamt sollen 60.000 Flüchtlinge über Resettlement und humanitäre Unterstützung aufgenommen werden. In einer Zeit, in der überall in Europa sehr restriktive Migrations- und Asylbeschränkungen herrschen ist das aus meiner Sicht ein ganz wichtiges Zeichen, das hier gesetzt wird. Und das von 15 doch sehr wichtigen EU-Mitgliedsstaaten, wie Frankreich, Deutschland, Belgien oder den Niederlanden. Es wäre schön gewesen, wenn Österreich auch dabei gewesen wäre.



Manfred Nowak: Bedauert, dass Österreich nicht beim Resettlement-Forum dabei ist.

Der Grund, warum man sich an der Rettungsaktion von tausenden bedrohten Afghan*innen nicht beteiligt, ist laut ÖVP die Tatsache, dass es in Österreich in Relation zur Gesamtbevölkerung bereits die zweitgrößte afghanische Community in Europa gibt.

Wie sehen Sie diese Argumentation?

Das Argument, dass Österreich ohnedies schon rund 45.000 afghanische Flüchtlinge aufgenommen hat, hat natürlich eine gewisse Berechtigung. Seit 2015 sind viele Afghan*innen nach Österreich gekommen und es gab dann leider auch negative Erfahrungen, die wiederum dazu geführt haben, dass unter Bundeskanzler Kurz eine sehr restriktive Politik gegenüber afghanischen Flüchtlingen Platz gegriffen hat, die bisher unter Bundeskanzler Nehammer noch nicht wirklich geändert wurde.

Sie haben als Generalsekretär des ‚Global Campus of Human Rights‘ vor kurzem ein eigenes Programm zur Aufnahme von bedrohten afghanischen Studierenden und Forschenden ins Leben gerufen. Wie setzen Sie das konkret um?

Es geht bei diesem Programm vor allem um die Rettung von Frauen, die in Posi-

tionen gearbeitet haben, die sie jetzt unter der Herrschaft der Taliban in eine besonders verletzte Situation bringen. Also ehemalige Richterinnen, Staatsanwältinnen, Lehrende und Studierende an Universitäten oder auch Mitarbeiterinnen von internationalen Organisationen. Wir versuchen ihnen dabei zu helfen, aus Afghanistan zu flüchten, indem wir sie an einer unserer 100 Universitäten unterbringen und ihre Lebenshaltungskosten übernehmen. Finanziert wird das Programm aus EU-Geldern und zusätzlichen Mitteln aus privaten Stiftungen. Es haben sich auch einige österreichische Universitäten gemeldet und Plätze angeboten. Momentan scheitert die Vermittlung von Plätzen hier aber noch an der Ausstellung der Visa. Da es nicht um viele tausende Menschen, sondern um Einzelschicksale geht, hoffe ich sehr, dass das Außenministerium diesen Menschen doch noch eine Aufenthaltsberechtigung erteilt.

Österreich hat sich bis 2018 aktiv an der Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten beteiligt. Seit fast vier Jahren wurde nun aber schon keine einzige Person mehr über humanitäre Aufnahmeprogramme ins Land gelassen. Kann man trotzdem noch von einer humanitären Tradition Österreichs sprechen?

Österreich hat sehr gute Erfahrungen mit der humanitären Aufnahme besonders Schutzbedürftiger gemacht. Das hat eine lange Tradition bei uns. Schon 1956 hat Österreich 200.000 Ungarn-Flüchtlinge aufgenommen. Österreich war damals noch ein sehr armes Land, aber trotzdem gab es eine große Bereitschaft in der Bevölkerung, diese Menschen aufzunehmen. Auch 100.000 Flüchtlinge aus Tschechien 1968 oder 95.000 polnische Flüchtlinge während der Militärdiktatur in den früheren 1980er Jahren wurden aufgenommen. Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Fall des Eisernen Vorhangs hat sich

die gesamte Migrations- und Flüchtlingspolitik dramatisch geändert, weil in Westeuropa plötzlich die xenophobe Angst geschürt wurde, dass ganz Ost-Europa nach Westen emigrieren wird. Unter diesem Druck wurde die Migrationspolitik zuerst eingeschränkt, das hatte zur Folge, dass viele auf die Flüchtlingsschiene umgestiegen sind, auch Migrant*innen. Das Asylrecht wurde eingeschränkt und damit hat man sich das ganze Schlepper-Problem eingehandelt. In diesem circulus vitiosus sind wir weiterhin in Europa. Wir werden immer restriktiver und die Schlepper dadurch immer brutaler.

Sie sagen, sobald es eine geordnete Migrations- und Asylpolitik gibt, wird auch die Schlepperei zurückgedrängt. Wie hängt das eine mit dem anderen zusammen?

HILFSPROGRAMM: DERZEIT SCHEITERT DIE VERMITTLUNG VON PLÄTZEN AN DER AUSSTELLUNG DER VISA.

Langfristig gesehen wird es die Schlepperei zurückdrängen, wenn es eine geordnete Migrations- und Asylpolitik gibt. Das heißt, dass sowohl den Menschen, die freiwillig auswandern wollen, aber insbesondere auch Flüchtlingen eine erfolgsversprechende Alternative angeboten wird. Die Schlepperei ist nur entstanden, weil die Aufnahmestaaten es den Flüchtlingen mehr oder minder unmöglich gemacht haben, auf reguläre und legale Art und Weise in die EU einzureisen um dann um Asyl anzusuchen. Man muss die Spirale daher in die andere Richtung drehen. Ein erster Schritt wäre, Flüchtlingen im Ausland wieder die Möglichkeit einzuräumen, um Asyl anzusuchen und sie vor allem auf dem Weg des Resettlements aus den Nachbarländern ihrer Herkunftsstaaten legal nach Europa einreisen zu lassen. Das muss mit einer Informationskampagne



ne und der Zusammenarbeit mit Erstaufnahmeländern verbunden werden. Wenn ich sage, ich kann mit den Resettlement-Programmen erst dann beginnen, wenn es keine Schlepper mehr gibt, dann wird es nie funktionieren.

Wir diskutieren die Frage auf einer politischen, einer völkerrechtlichen



Manfred Nowak: Schlepperei kam auf, weil reguläre Asylansuchen fast unmöglich wurden.

Ebene. Aber wie ist das mit der Stimmung in der Bevölkerung, der subjektiv empfundenen Wahrnehmung, dass es zu viele Fremde gibt? Wie begegnet man dem?

Wir müssen uns weg von einer Politik bewegen, die von xenophoben Ängsten determiniert ist. Europa soll sich gemeinsam ansehen, wieviel Zuwan-

derung wir brauchen, und Flüchtlinge sollten hier primär berücksichtigt werden, auch weil sie oft sehr gut ausgebildet sind. Es ist nur eine Frage des politischen Willens. Eine gemeinsame europäische Migrations- und Asylbehörde müsste geschaffen werden, die letztlich entscheidet, wem Asyl gewährt wird und wie viele Menschen als Migrant*innen oder im Wege des Resettlement legal in die Europäische Union kommen. Dann müssen wir uns natürlich überlegen, wie diese Menschen am besten verteilt werden. Da kann man auch wirtschaftliche Anreize setzen. Kleine Staaten, die bereit sind, mehr als den ihnen zustehenden Prozentsatz an Flüchtlingen aufzunehmen, sollen aus einem gemeinsamen europäischen Flüchtlingsfonds auch entsprechende zusätzliche Mittel erhalten. Jene Staaten, die keine Flüchtlinge aufnehmen, kriegen davon nichts. Über Geld kann man sehr viel steuern, ohne restriktive Verbots- oder Gebotsregeln aufzustellen. Ich glaube man könnte alles sehr entschärfen, wenn europäische Politiker*innen sagen, wir wollen das und wir wollen das gemeinsam. Dann können wir das auch gemeinsam schaffen.

In Deutschland ist die AfD in den neuen Bundesländern bereits zweitstärkste Kraft, in Frankreich wird beim Präsidentschaftswahlkampf sogar Marine Le Pen schon von rechts überholt. Stärkt man mit der Forderung nach humanitärer Aufnahme von Geflüchteten nicht die xenophoben Positionen rechtspopulistischer Parteien?

Das Narrativ ist grundsätzlich ein Falsches. Es gibt wie gesagt auch geregelte Migration nach Europa. Die schafft es aber meist nicht in die Headlines der Medien. Im Durchschnitt der letzten Jahre hat die Europäische Union 2,5 Millionen Migrant*innen pro Jahr aufgenommen. Gleichzeitig gibt es viele Menschen, die Europa verlassen. Viele

Bereiche der europäischen Wirtschaft würden zusammenbrechen, wenn es keinen Zuzug von Migrant*innen gäbe. Wir brauchen nur an den Pflegeberuf zu denken. Klassische Immigrationsländer waren nie nur aus humanitären Gründen für die Immigration, sondern auch, weil sie Arbeitskräfte gesucht haben. Ohne Einwanderung hätte das Wirtschaftswunder USA nie stattfinden können.

Zudem glaube ich, dass jetzt eine Zeit gekommen ist, wo auch christlich-soziale und sozialdemokratische Parteien wieder eine positive Antwort zum Thema Migrationspolitik parat haben können und sich nicht weiter von rechtspopulistischen Parteien vor sich hertreiben lassen sollten. Eine positive Antwort wäre beispielsweise zu sagen: Europa ist ein Kontinent, der auf einem bestimmten Wertekanon beruht. Das sind u.a. Menschenrechte und Solidarität und diesen Wertekanon wollen wir nicht aufgeben. Wenn man es schafft den Menschen diese vernünftigen Narrative wieder näher zu bringen, dann glaube ich, kann den rechten Parteien sehr wohl der Wind aus den Segeln genommen werden.

Manfred Nowak, 1950 in Bad Aussee geboren, ist Professor für Internationale Menschenrechte in Wien und Generalsekretär des Global Campus of Human Rights in Venedig. Außerdem leitet er seit 2021 einen Master of Applied Human Rights an der Universität für Angewandte Kunst in Wien. Er hielt Professuren an mehreren ausländischen Universitäten, unter anderem in Utrecht, Lund, Genf und Stanford. Als internationaler Menschenrechtsexperte übte er unterschiedliche Funktionen aus, wie zum Beispiel UN-Experte für Verschwundene, Richter am höchsten Menschenrechtsgericht in Bosnien-Herzegowina und UN-Sonderberichterstatter für Folter. Für seine Berichte über Folter im Hochsicherheitslager Guantánamo auf Kuba kritisierte ihn die US-Regierung scharf.



Emmerich Gärtner-Horvath, Obmann des Vereins Roma-Service und Tamburizze Gruppe: Festakt „100 Jahre Burgenland“ im Palais Epstein 2021.

INKLUSION

„Für ein ‚Niemals wieder‘ muss man die Geschichte kennen“

Roma und Romnja leben bereits seit dem 17. Jahrhundert in jener Gegend, die heute als Burgenland bezeichnet wird. Eine lange Geschichte, in der die Volksgruppe immer wieder ausgegrenzt und verfolgt wurde. In den letzten Jahrzehnten nimmt der Rassismus jedoch stetig ab, während das Miteinander zunimmt.

TEXT: VALENTINE AUER

Im Burgenland leben heute zwischen 2.500 und 5.000 Roma und Romnja. Die meisten von ihnen im südlichen Teil des Bundeslandes. Konkret in der Stadt Oberwart und den umliegenden Gemeinden. Emmerich Gärtner-Horvath, selbst im Bezirk Oberwart lebend und Vorstand des Vereins Roma-

Service, spricht von etwa 3.500 Roma und Romnja. Das sind jedoch nur jene, die sichtbar sind, die sich selbst „geoutet“ haben oder zwangsgeoutet wurden, erklärt er: „Wie viele Volksgruppenzugehörige in der Anonymität leben, um keine Nachteile zu erleben, lässt sich nicht sagen“.

Zunehmendes Miteinander

Immer wieder betont Gärtner-Horvath, dass sich sehr viel zum Positiven geändert hat, in Oberwart, aber auch im restlichen Österreich. Die Politik, von der Gemeinde- bis zur Bundesebene, hört zu, interessiert sich für die Anliegen der Roma und Romnja. Und ja, oft



Oberwart vom Ort des Terroranschlags gesehen, dem vier Menschen zum Opfer fielen. Auch die „Roma-Siedlung“ liegt symbolträchtig am Rand der Gemeinde. Doch einiges hat sich seither getan.

werden auch entsprechende Maßnahmen gesetzt und vorangebracht.

Doch vor allem wachsen Zusammenhalt und Miteinander kontinuierlich an. Rom- und Nicht-Rom arbeiten gemeinsam an einer diskriminierungsfreien Gesellschaft. Volksgruppenangehörige – egal ob Romni, Kroat, Tschechin oder Ungar unterstützen sich gegenseitig, um ihre Anliegen und Forderungen voranzubringen. Neben der Anerkennung der Roma und Romnja als offizielle Volksgruppe, ist dieses Miteinander einer der zentralen Erfolge der letzten Jahrzehnte. Erfolge, die auf den jahrelangen aktivistischen Kämpfen der Roma-Community basieren.

Und doch weiß Gärtner-Horvath, dass es noch ein weiter Weg ist: „Am 16. Dezember 1993 haben wir erreicht, dass unsere Volksgruppe politisch anerkannt wird. Aber die gesellschaftliche Anerkennung ist ein langwieriger Prozess. Das sieht man heute noch.“ Wie so oft lassen sich historische Kontinuitäten nur langsam aufbrechen.

Angefangen von den Nomadisierungs- und Sprachverboten unter der Herrschaft Maria Theresias im 18. Jahrhundert, über den Genozid im Nationalsozialismus und der fehlenden Unterstützung der wenigen Überlebenden nach

1945 bis hin zum Attentat 1995, bei dem die vier Roma Peter Sarközi, Josef Simon, Erwin und Karl Horvath durch eine Rohrbombe starben. All das sind Höhepunkte der Ausgrenzung, Ermordung und Diskriminierung, die sich bis heute auf die Volksgruppe auswirken.

Am 16. Dezember 1993 haben wir erreicht, dass unsere Volksgruppe politisch anerkannt wird.
Emmerich Gärtner-Horvath

Auswirkungen der Geschichte

Deutlich wird das am Beispiel der sogenannten „Roma-Siedlungen“ in und um Oberwart. Sie gehen schon zurück auf

Internationaler Tag der Roma, 8. April 2022

INTERNATIONALER TAG DER ROMA

Der 8. April wird weltweit als Aktionstag begangen, an dem die Roma und Romnja auf ihre Situation aufmerksam machen. Im Porgy & Bess in Wien findet eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Next Generation Roma“ statt. Es diskutieren Manuela Horvath (Referatsleiterin der Roma Pastoral), Danijela Cicvarić (Romano Centro), Katharina Janoska (ORF-Moderatorin), Samuel Mago (Journalist, Hochschüler*innenschaft Österreichischer Roma und Romnja, HÖR), Saska Dimić (Antiziganismustrainerin, HÖR), Sladjana Mirković (Lehrerin, HÖR). Moderation: Mirjam Karoly. Im Anschluss gibt es ein Konzert mit Joschi Schneeberger Gypsy Swingtet feat. Patrizia Ferrara.

die Assimilationspolitik Maria Theresias. Die „Umherziehenden“ sollten sesshaft werden, die Siedlungen waren ein Ergebnis davon. Im Nationalsozialismus wurden die Menschen von dort deportiert. Viele von ihnen ermordet. Von den im Burgenland lebenden Roma und Romnja überlebten nur etwa 700. Zurück in ihrer alten Heimat standen sie nach Ende des Zweiten Weltkriegs vor dem Nichts. Ihre Häuser waren zum großen Teil zerstört. Opferentschädigungen gab es lange Zeit keine. Als in den 1970er-Jahren die noch heute bestehende Siedlung in Oberwart wieder aufgebaut wurde, lebten dort viele Armutsbetroffene. Gründe dafür sind nicht nur die fehlenden Entschädigungen, sondern auch die lückenhaften Bildungsbiographien und schlechten Berufschancen. Kam man aus der Siedlung, galt das bis vor kurzem noch als Ausschlusskriterium bei manchen Bewerbungen.

Ein Stereotyp wandelt sich

Ein Stereotyp, das sich aber wandelt, erklärt Manuela Horvath. Die Romni ist ÖVP-Gemeinderätin in Oberwart und leitet das Romapastoral der Diözese Eisenstadt. Sie wuchs selbst in der Siedlung auf. Sie erzählt, wie sich die Verhältnisse langsam geändert haben.

Lebten zu ihrer Jugendzeit noch etwa 120 Menschen dort, sind es heute rund 60 und keinesfalls nur noch Roma. „Eine meiner Cousinen lebt gemeinsam mit ihrem Mann in unserem großen Elternhaus. Ihr Mann ist kein Rom. Gemeinsam kümmern sie sich um meinen mittlerweile pflegebedürftigen Vater“, so Manuela Horvath. Es ist ein Beispiel für das Miteinander im Kleinen.

Fehlender Bildungszugang

Ein Miteinander, das auch im Bildungsbereich zunimmt. Obwohl historische Kontinuitäten sich hartnäckig halten. Im Nationalsozialismus konnten Roma und Romnja keine Schule besuchen, viele blieben daher Analphabeten. Nach 1945 betreute niemand die wenigen überlebenden Roma und Romnja. Stattdessen wurden viele Kinder und Jugendliche in Sonderschulen gesteckt oder man gewährte ihnen überhaupt keinen Zugang zur Schule. Die Auswirkungen dieser Exklusion wirkten lange nach: „Für Personen ohne Schulabschluss ist es schwierig am Arbeitsmarkt. Viele der Volksgruppenangehörigen, die einen erschwerten Bildungszugang hatten, sind heute bereits in Pension. Davor arbeiteten sie meistens am Bau, als Tages- oder Wochenpendler“, weiß Manuela Horvath.

Emmerich Gärtner-Horvath kann diese Einschätzung bestätigen. Es ist auch der Grund, wieso der Verein Roma-Service bereits seit den 1990er-Jahren Bildungsprojekte betreut. Den über Jahrzehnte andauernden Ausschlüssen soll so ein Stück weit entgegengewirkt werden. Und trotzdem: „Was man in dieser Zeit vor und nach 1945 verabsäumt hat, kann man nicht mehr gut machen“, so Gärtner-Horvath weiter.

Wie sich die Bildungsbiographien langsam ändern, zeigt auch die 2014 durchgeführte ROMBAS-Studie (ROMa-Bildungs- und Ausbildungs-Studie). Die Studie ist zwar nicht repräsentativ, bestätigt aber Zahlen aus vorangegangenen



Manuela Horvath: fordert mehr Aufarbeitung, gerade auch in Schulen.

Studien: Während bei den über 51-Jährigen autochthonen Roma und Romnja knapp die Hälfte gar keinen Pflichtschulabschluss hatte und genauso viele „nur“ einen Pflichtschulabschluss, blieb bei den 26-50-Jährigen nur noch jede/r Siebente ohne Schulabschluss. Bei den unter 25-Jährigen weist bereits knapp die Hälfte der Befragten einen Abschluss vor, der höher ist als jener der

Nach 1945 betreute niemand die wenigen NS-Überlebenden. Stattdessen wurden die Kinder in Sonderschulen gesteckt.

Pflichtschule.

Sowohl Emmerich Gärtner-Horvath als auch Manuela Horvath waren als Interviewerin und Interviewer Teil dieser Studie. Insbesondere für die noch junge Manuela Horvath waren die Ergebnisse keinesfalls zu erwarten. Im Gegensatz zu ihr machten viele ihrer Altersgenoss*innen negative Erfahrungen, die von Lehrer*innen genauso ausgingen wie von Mitschüler*innen. „Die Mehrheitsbevölkerung spricht immer so lapidar von Diskriminierung“, ergänzt Gärtner-Horvath, „wir haben das aber tagtäglich am eigenen Leib gespürt. Das fühlt sich nicht gut an, wenn man immer nur ausgeschlossen wird.“

Aufarbeitung der Geschichte

Aufklärungsarbeit vor allem in Schulen, führte dazu, dass Diskriminierung in den letzten Jahrzehnten abnahm und ein Miteinander auf Augenhöhe zunahm, sagt Manuela Horvath. „Trotzdem sind aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit Volksgruppenangehörige der Roma immer wieder in allen Bereichen des Lebens von Diskriminierung betroffen.“ Dementsprechend ist hier nach wie vor Aufarbeitung notwendig. Doch das Thema des Nationalsozialismus, vor allem in Bezug auf unterschiedliche Opfergruppen, kommt in österreichischen Schulen zu kurz. Unterrichtsmaterialien zum Genozid an den Roma und Romnja existieren zwar. Ob sie auch verwendet werden, hängt aber vom Engagement der Lehrer*innen ab.

Neben der schulischen Aufarbeitung bräuchte es eine lebendige Gedenkkultur, um die Geschichte für die breite Bevölkerung sichtbar zu machen: „Es ist wichtig, dass man überall dort, wo Roma und Romnja verschleppt oder ermordet wurden, Gedenktafeln errichtet, die diese Geschichte sichtbar machen. Das muss unbedingt aufgearbeitet werden. Für ein ‚Nie wieder‘ muss man natürlich auch die Geschichte kennen.“ Im Burgenland wird diese öffentliche Sichtbarmachung ernst genommen. Derzeit existieren insgesamt 22 Gedenktafeln oder Gedenksteine für Roma und Romnja, die während des Nationalsozialismus ermordet wurden. Diesen Weg gilt es weiterzugehen. Schlussendlich kann diese Aufarbeitung – in und außerhalb der Schulen – dazu führen, dass Roma und Romnja sich ihrer Volksgruppe zugehörig fühlen und selbstbewusst als solche auftreten, so Gärtner-Horvath abschließend: „Solange man verleugnen muss, dass man ein Volksgruppenangehöriger ist, solange man in der Gesellschaft nicht auf gleicher Augenhöhe gesehen wird, solange wirken historische Ausschlüsse nach“.

MOBILISIERUNG

„Eine Petition ist oft ein Türöffner“

Welt verändern leicht gemacht: Die zivilgesellschaftliche Kampagnenorganisation #aufstehn will Menschen dabei helfen, ihren politischen Anliegen Gehör zu verschaffen. Wie das gelingt? Ein Gespräch mit Maria Mayrhofer, Geschäftsführerin und Ko-Gründerin von #aufstehn.

INTERVIEW: SANDRA SCHMIDHOFER

#aufstehn nutzt digitale Technologien um politische Partizipation für alle zugänglich zu machen. Kann man mit ein paar Klicks die Welt verändern?

Es wäre natürlich naiv zu glauben, dass man mit ein paar Klicks die Welt verändern kann. Das ist ein Vorwurf, den man sehr oft hört, wenn man mit Online-Petitionen arbeitet.

Grundsätzlich ist das Internet eine wunderbare Möglichkeit, gerade für Gruppen, die sonst in politischen Diskussionen weniger Gehör finden, sich überhaupt einmal Gehör zu verschaffen. Ich frage mich vielleicht, was das schon für eine Rolle spielt, wenn ich eine Online-Petition unterzeichne. Aber wenn ich dann 20.000 Unterschriften beisammen habe, ist es viel leichter zum Beispiel einen Termin bei einer Politikerin zu bekommen oder von den Medien wahrgenommen zu werden.

Ist #aufstehn auch offline aktiv?

Unsere Mitmach-Möglichkeiten beschränken sich nicht nur auf das Netz. Man kann auch zum Telefon greifen und eine Politikerin anrufen oder zu einer Demo gehen. Und was uns auch wichtig ist, ist dass das was wir tun, nicht nur ein Klick im Netz bleibt. Wir fragen uns immer: Wie übersetzen wir das ins „echte Leben“? Wie schaffen wir



Maria Mayrhofer: Seit der türkis-blauen Regierung bekommen Anliegen von Bürger:innen keinen großen Raum mehr. Politiker:innen schotten sich ab.

es, dass wir tatsächlich etwas verändern? Eine Petition ist oft ein erster Schritt, ein Türöffner oder eine Diskussionsgrundlage. Und dann überlegen wir, wie wir weitermachen.

Mit 20.000 Unterschriften einer Online-Petition ist es leichter, von den Medien wahrgenommen zu werden.

Wie ernst wird Online-Aktivismus von Seiten der Politik genommen?

Das ist sehr unterschiedlich. Wenn 300 Menschen in einer kleinen Gemeinde für einen neuen Zebrastreifen unter-

schreiben, wird wahrscheinlich recht schnell etwas passieren. Wesentlich schwieriger ist es, Politiker:innen auf Bundesebene zu erreichen. Wir haben in den vergangenen Jahren, vor allem seit der Türkis-blauen Regierung erlebt, dass Anliegen von Bürger:innen keinen großen Raum mehr bekommen und dass sich Politiker:innen stark abschotten. Dass auf die Ängste, Sorgen und Forderungen der Zivilgesellschaft nicht reagiert wird. Es hängt immer davon ab, wie dialogbereit Politiker:innen sind. Und das hängt nicht zuletzt davon ab, welchen Stellenwert die Person zivilgesellschaftlicher Teilhabe einräumt.



Übergabe der Petition „Hände weg vom Rechtsstaat“ an Justizministerin Alma Zadic. Sie reagierte und entschärfte den umstrittenen Razzia-Paragrafen.

Wie gesprächsbereit ist die aktuelle Bundesregierung?

Wir haben einige Anliegen gehabt, wo wir uns mit Minister:innen und hohen Beamten in der Verwaltung getroffen und diskutiert haben. Wir waren zum Beispiel beim ehemaligen Sozialminister Rudi Anschober um über Maßnahmen gegen Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung zu sprechen. Da gab es sehr große Dialogbereitschaft. Bei anderen Minister:innen mussten wir sehr lange auf Reaktionen warten oder wurden immer wieder vertröstet. Bei manchen hatten wir das Gefühl, dass Forderungen grundsätzlich abprallen. Mit dem ehemaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz war es besonders schwierig.

Was waren eure größten Erfolge?

Da gibt es ganz viele. Ein ganz junges Beispiel, wo sehr viele Menschen einen Unterschied gemacht haben – und zwar einen ganz erheblichen – war unsere Aktion zum sogenannten Razzia- oder Vertuschungsparagrafen im Frühjahr 2021. Damals sind die ersten Korruptionsverdachtsfälle im Umfeld von Sebastian Kurz laut geworden. Politiker:innen der ÖVP haben versucht, einen Gesetzesentwurf voranzu-

treiben, der vorsah, dass Hausdurchsuchungen bei Politiker:innen eingeschränkt werden. Die Hausdurchsuchungen, die wir im Herbst erlebt haben, wären dann nicht möglich gewesen. Gemeinsam mit Expert:innen haben wir uns diesen Gesetzesentwurf angesehen, ihn in einfacher Sprache zugänglich gemacht und dadurch erreicht, dass über 8.000 Stel-

**Bei kleineren Themen gibt es oft schneller Veränderungen.
Das stärkt den Rücken für schwierigere Herausforderungen.**

lungnahmen im parlamentarischen Begutachtungsprozess abgegeben wurden. Das hat die Justizministerin Alma Zadić sehr beeindruckt. Der Paragraf wurde schließlich entschärft und Hausdurchsuchungen blieben weiter möglich.

Ihr habt euch auch beim Thema Tamponsteuer eingesetzt ...

Genau. 2016 haben wir begonnen, darüber zu sprechen. Wir haben einen Appell an den Finanzminister gestartet. Weil wir es ungerecht fanden, dass Produkte für die Monatshygiene höher besteuert wurden als ein Opernbesuch oder ein Besuch im Fußballsta-

dion. Dadurch wurde die sogenannte Periodenarmut noch verstärkt. Viele Menschen haben diesen Appell unterzeichnet und auch das mediale Interesse war groß, weil wir plötzlich über ein Tabuthema gesprochen haben. In den Folgejahren ist dieses Thema immer stärker von Medien und Politik aufgegriffen worden. Letztes Jahr wurde die Senkung der Tamponsteuer schließlich durchgesetzt. Manchmal dauert's auch ein bisschen länger.

Viele sagen ja: Gesellschaftlicher Wandel braucht Zeit. Müssen wir geduldiger sein? Oder doch ungeduldiger?

Ich glaube, es gilt eine gute Balance zu finden. Vor allem auch, um bei dieser Arbeit nicht auszubrennen. Es ist einfach so, dass manche Anliegen länger brauchen. Gerade bei großen Angelegenheiten, an denen viele Akteur:innen beteiligt sind, ist das so. Die schon sehr lange diskutierte Bildungsreform lässt zum Beispiel immer noch auf sich warten. Wir widmen uns aber auch den kleineren Themen. Da gibt es oft Veränderungen, die schneller möglich

„Denkmal der Schande“: Der Bürgermeister und Antisemit Karl Lueger wird bis heute geehrt.



sind. Und das motiviert, weiterzumachen. Diese Erfolge stärken uns dann den Rücken für die schwierigeren Herausforderungen und helfen dabei, in kleinen Schritten zum großen Ziel zu kommen.

Aufgrund der Covid-Maßnahmen sehen manche Bürger:innen die Demokratie in Österreich gefährdet. Wie steht es um unsere Demokratie?

Ich glaube nicht, dass es ausgerechnet die Covid-Maßnahmen sind, die unsere Demokratie gefährden. Da gibt es andere Dinge, die wesentlich gefährlicher sind. Dass ein Teil unserer Bevölkerung die Covid-Maßnahmen nicht gut annimmt, liegt vor allem daran, dass die Regierung in der Kommunikation über weite Strecken versagt hat. Ich glaube aber, dass ein Misstrauen in demokratische Strukturen auch daher kommt, dass in den vergangenen Jahren nicht sorgsam mit unserem Rechtsstaat umgegangen wurde. Weil es Politiker:innen und auch Medien gab, die diesen Rechtsstaat für die eigenen Interessen ausgenutzt haben. Das alles sehen wir als Bürger:innen. Da fragen sich manche: Wo stehen wir mit unserer Demokratie? Deswegen ist es wichtig zu zeigen, dass wir als Zivilgesellschaft mitreden wollen. Personen, die gegen die Impfung oder die Covid-Maßnahmen protestieren, berufen sich auch auf ihr gesellschaftliches Engagement. Aber man muss hier klar unterscheiden: Welche Gruppe hat das gemeinschaftliche Wohl aller im Auge und wer setzt sich nur für die eigene Gruppe ein?

Welche Problemfelder will #aufstehn 2022 angehen?

Die angespannte Situation aufgrund der Pandemie ist ein ganz zentrales Themenfeld. Um zu einem positiven Miteinander beizutragen, haben wir uns beispielsweise angesehen, wie man mit Familienmitgliedern, Bekannten oder Freund:innen sprechen kann, die in ein



„Ich glaube aber, dass ein Misstrauen in demokratische Strukturen auch daher kommt, dass in den vergangenen Jahren nicht sorgsam mit unserem Rechtsstaat umgegangen wurde.“

rechtsextrêmes oder Verschwörungsmilieu abdriften. Wie kann man trotzdem positiven Kontakt halten, sie vielleicht sogar zum Umdenken bewegen? Ein zweites aktuelles, leider sehr trauriges Thema, ist der Gewaltschutz. Also der Schutz vor männlicher Gewalt. Das ist eine Angelegenheit, bei der wir der Frauenministerin schon sehr lange in

Man fühlt sich oft machtlos. Ein Gefühl, das wir mit #aufstehn vermindern wollten, indem wir Partizipation ermöglichen.

den Ohren liegen und immer noch auf Maßnahmen warten. Wo zahlreiche Institutionen, die mit Betroffenen arbeiten, immer noch darauf hoffen, mehr Geld zu bekommen. Dann haben wir natürlich die Klimakrise vor Augen, die neben der Pandemie die zweite richtig große Herausforderung ist. Und dann noch der Schutz vor Korruption, Machtmissbrauch und Medienmanipulation. Da arbeiten wir auch mit dem „Rechtsstaat und Anti-Korruptions-Volksbegehren“ zusammen.

Da habt ihr einiges zu tun. Was ist das Hauptziel eurer Arbeit?

Ganz kurz formuliert: Eine bessere Welt. In unseren Augen bedeutet das, dass alle Menschen sich unabhängig von Herkunft, Muttersprache, sexueller Orientierung, Alter oder körperlicher Beeinträchtigung verwirklichen können. Wir als ganz normale Bürger:innen haben die Möglichkeit, diese Welt mitzugestalten. Indem wir an politischen und gesellschaftlichen Prozessen teilhaben. Ich habe mich früher oft gefragt: Was kann ich als einzelne Person schon verändern? Man fühlt sich oft machtlos oder alleine. Dieses Gefühl wollten wir mit #aufstehn vermindern, indem wir leicht zugängliche Möglichkeiten für Partizipation schaffen.

Maria Mayrhofer studierte Internationale Entwicklung und Politikwissenschaft in Wien und Costa Rica, engagierte sich im Bereich der Menschenrechte und publizierte zum bis heute ungelösten Konflikt in der Westsahara. 2015 gründete sie gemeinsam mit Yussi Pick die gemeinnützige Kampagnenorganisation #aufstehn. Kürzlich wurde sie für das Obama Leader Europe Programm ausgewählt, mit dem die Obama Foundation aufstrebende Führungskräfte fördert, die im gesellschaftlichen und ökologischen Bereich aktiv sind.



Rolf Gleißner (WKO) ist gegen eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes; Markus Koza (Grüne) lehnt Modelle mit 40 Prozent Arbeitslosengeld ab.

ARBEITSLOSENGELD

Man muss die Kirche schon im Dorf lassen

Arbeitsminister Martin Kocher plant eine umfassende Arbeitsmarktreform. Anlass für ein Streitgespräch zwischen Markus Koza, Sozialsprecher der Grünen im Parlament, und Rolf Gleißner, Abteilungsleiter für Sozialpolitik in der Wirtschaftskammer, über die Höhe des Arbeitslosengeldes, Zumutbarkeitsregeln und die Verantwortung der Unternehmen.

MODERATION: IRINA VANA
FOTOS: KARIN WASNER

Ein Volksbegehren, das voraussichtlich zwischen 2. und 9. Mai zum Unterschreiben aufliegt, fordert eine dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent. Es greift Forderungen der Vertretungen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen auf. Wäre das ein Modell, mit dem die Grünen gut leben können?

Koza: Ich finde die Anliegen des Volksbegehrens berechtigt, es entspricht einer alten Grünen Forderung. Die zentrale Frage ist, auch mit Blick auf die vorgeschlagene Degression des Arbeitslosengeldes: verbessert sich dadurch die Situation arbeitsloser Menschen? Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes zu Beginn der Arbeitslosigkeit, sofern alle anderen Parameter gleichbleiben, wäre eine Verbesserung. Aber Modelle wie von der WKO, wo auch von 40 Prozent Arbeitslosengeld geredet wurde, die schließen wir aus.

Gleißner: Wir halten es für falsch, das Arbeitslosengeld generell zu erhöhen. Arbeitslosigkeit darf keine Inaktivitätsfalle sein. Entscheidend ist, dass man mehr Menschen in Beschäftigung bringt

und dazu braucht es Anreize. Denn wir sehen, dass bestimmte Menschen, die leistungsfähig sind, nicht unbedingt einen Job suchen. Zum Teil liegt das auch am System, weil in manchen Situationen, zum Beispiel bei Geringfügigkeit neben dem Arbeitslosengeldbezug, Nichtarbeit attraktiver ist als Arbeit. (1)

Unterstellt Ihre Argumentation nicht, dass Menschen lieber arbeitslos sind, als zu arbeiten, wenn sie mit einer prekären Situation des Zuverdienstes plus Arbeitslosengeld zufriedener sind als mit Erwerbsarbeit?

Gleißner: Ich will niemandem etwas unterstellen. Es ist vielleicht nicht bequemer, aber langfristig besser für den Menschen, im Arbeitsmarkt integriert zu sein.

Zuverdienst wird oft als Möglichkeit für Arbeitslose gesehen, ein Standbein im Erwerbsleben zu behalten und nicht in die Armut zu rutschen. Gleichzeitig bietet Zuverdienst keine vollwertige Anstellung. Welche Regelung würden Sie vorschlagen?

Gleißner: Die Geringfügigkeit macht in manchen Fällen Sinn, etwa zum Wiedereinstieg bei Langzeitarbeitslosen. Aber es kann kein Dauermodell sein. Die einzig nachhaltige Armutsbekämpfung ist, wenn Menschen wieder in einen Job integriert werden.

Koza: Bei den Zuverdiensten ist es nicht eindeutig, ob sie die Integration in den Arbeitsmarkt fördern oder hemmen. Zu Beginn der Arbeitslosigkeit mag es sein, dass Menschen, die neben dem Arbeitslosengeldbezug geringfügig beschäftigt sind, länger arbeitslos bleiben. Bei längerer Arbeitslosigkeit ist eine geringfügige Beschäftigung eine Chance der Wiedereingliederung. Aber warum soll eine Person, die Teilzeit und zusätzlich geringfügig beschäftigt ist, wenn sie die Teilzeitanstellung verliert, auch die geringfügige Stelle aufgeben müssen, damit sie Arbeitslosengeld bekommt? Man muss schon die Kirche im Dorf lassen. Wir sprechen von weniger als 15 Prozent der Arbeitssuchenden. Sinnvoll wäre, bei den Unternehmen anzuregen, dass sie die Stunden der geringfügig Beschäftigten aufstocken.

Mit der Geringfügigkeit ersparen sich ja auch Unternehmen Beitragsleistungen. Das bringt mich zu einem weiteren Aspekt: das so genannte „Zwischenparken“ beim AMS. Die Arbeiterkammer hat berechnet, dass das im Jahr 500 Millionen Euro kostet und in etwa 40 Prozent der Arbeitslosen betrifft. (2) Wie kann hier ein besserer Umgang gefunden werden?

Gleißner: Österreich liegt in den Alpen. Denken Sie an ein Hotel in einem Wintersportort. Es gibt Monate, in denen dieses niemanden beschäftigen kann. Was sollen die mit den Angestellten tun? Ich halte diese Praxis bis zu einem gewissen Grad für legitim. Das sind Branchen, die sehr viele Jobs in Regio-

Unternehmen, die oft kündigen und wieder einstellen, sollten höhere Arbeitslosengeldbeiträge zahlen. Markus Koza

nen bieten, die anderweitig nicht viele Jobs bieten. Also sollte man froh sein, dass wir diese Strukturen in den Tälern haben.

Koza: Es gebe schon Möglichkeiten zu verhindern, dass das Unternehmerrisiko auf die Gesellschaft abgewälzt wird. Zum Beispiel indem Unternehmen, die oft kündigen und wiedereinstellen, höhere Arbeitslosengeldbeiträge zahlen. Oder, dass die ersten Wochen des Arbeitslosengeldbezugs zwischen dem Betrieb und dem AMS geteilt werden.

Gleißner: Wir wären nur dagegen, wenn das einseitig zu Lasten der Unternehmen geht. Denn da entstehen natürlich Kosten, die alle Seiten mittragen müssen.

Koza: Naja, die Arbeitnehmer sind jetzt nicht unbedingt die, die so gerne gekündigt werden und einen Einkommensverlust hinnehmen.

Gleißner: Aber wenn ich als Unternehmer Menschen ein ganzes Jahr beschäftigen soll, sie aber nur zu bestimmten Zeiten voll ausgelastet sind, werde ich ihnen nur Teilzeitjobs anbieten können.



Koza: Was nicht geht, ist, zu sagen: Die Arbeitslosen sind oft nicht bereit, Arbeit anzunehmen. Wenn aber Unternehmer das System ausnutzen, zu sagen, da muss man Rücksicht nehmen.

Koza: Was nicht geht, ist zu sagen: Die Arbeitslosen sind oft nicht bereit, Arbeit anzunehmen, wenn aber Unternehmer das System ausnutzen, zu sagen, da muss man Rücksicht nehmen. So einfach wird es nicht gehen.

Gleißner: Deswegen ist wichtig, dass offene Stellen rasch besetzt werden und zumutbare Arbeit von den Arbeitslosen angenommen wird.

Koza: Dann bleibt aber zu bestimmen was den Menschen zumutbar ist. Vor allem Menschen mit wenig Geld und Chancen am Arbeitsmarkt sind dann

diejenigen, denen besonders belastende Jobs „zugemutet“ werden.

Die WKO argumentiert, dass das Arbeitslosengeld in Österreich im internationalen Schnitt im guten Mittel liegt.

Gleißner: Wir schauen immer nur auf die 55 Prozent, aber mehr als die Hälfte der Arbeitslosen kriegt deutlich mehr, etwa wenn man gering verdient hat, wenn man Kinder hat und andere Transfers wie Mindestsicherung, Heizkostenzuschuss, Wohnbeihilfe. Dazu



Gleißner: Wir schauen immer nur auf die 55 Prozent Arbeitslosengeld. Aber mehr als die Hälfte der Betroffenen kriegt durch Transfers deutlich mehr, etwa wenn man gering verdient hat oder Kinder hat.

kann es noch andere Einkünfte im Haushalt geben, die dazu führen, dass der Haushalt einen akzeptablen Lebensstandard hat. Erst dann kann man beurteilen, ob ein geringes Arbeitslosengeld auch zur Armut führt.

Koza: Die Zahlen sind eindeutig. Die Statistik Austria hat berechnet, dass bei Langzeitarbeitslosen die Armutsgefährdungsquote auf 76 Prozent steigt. Kaum eine Gruppe ist so stark armutsgefährdet wie Langzeitarbeitslose. Faktum ist, dass wir in Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zu Be-

ginn eine niedrige Nettoersatzrate haben. Ein Anstieg der Armutsgefährdung während der COVID-Krise konnte nur dank Zuzahlungen zum Arbeitslosengeld verhindert werden. Die Krise hat gezeigt wie wichtig das Arbeitslosengeld als Stabilisator ist, der dafür sorgt, dass der Konsum nicht vollkommen einbricht. Wenn man das Arbeitslosengeld weiter kürzt, führt das nur zur Vertiefung der Krise. Ich bin der fixen Überzeugung, dass die Menschen arbeiten wollen, weil Arbeit viel mehr ist als Einkommensbezug. Arbeit bietet Wert-

schätzung, Selbstwertgefühl, die Möglichkeit einen Beitrag zu leisten. Es geht um Chancen für die Betroffenen, es geht um Motivation und Qualifizierung.

Die Volkshilfe hat errechnet, dass im Jahr 2019 rund 120.000 Kinder in durch Arbeitslosigkeit armutsgefährdeten Familien gelebt haben. Wie könnte für diese Mitbetroffenen eine Absicherung geschaffen werden?

Gleißner: Wie gesagt, die Priorität ist, dass die Eltern, in Arbeit kommen. Das ist auch sicherlich für die Kinder am besten, wenn sie nicht die einzigen sind, die in der Früh aufstehen und in die Schule gehen müssen. Zudem treten wir für den Anspruch auf Kinderbetreuung ein.

Die einzig nachhaltige Armutsbekämpfung ist, wenn Menschen wieder in einen Job integriert werden. Rolf Gleißner

Koza: Das Sozialministerium hat vor kurzem die Kinderkostenstudie präsentiert die zeigt, dass es einen Gap zwischen Familientransfers und Kinderkosten gibt. Natürlich sind einkommensschwache Familien stärker betroffen. Eine Erhöhung der Familienzuschläge beim Arbeitslosengeld wäre höchst an der Zeit, die liegen im Augenblick bei unter einem Euro pro Tag pro Kind.

Zuzahlungen zum Arbeitslosengeld sind, im Gegensatz zum Arbeitslosengeld, das eine Versicherungsleistung ist, Sozialleistungen. Führt ein geringes Arbeitslosengeld nicht zu einer Verschiebung der finanziellen Lasten hin zu den Sozialleistungen?

Gleißner: Nein, weil es genug offene Stellen gibt. Wir sind in einer Situation, wo es fast so viele offene Stellen wie Arbeitslose gibt, nämlich über 200.000. Es stimmt, die meisten Menschen wollen arbeiten, deswegen sind wir ein prosperierendes Land. Aber nicht alle. Ich habe



Ein degressives Arbeitslosengeldmodell verlagert laut WIFO-Studie die Kosten in die Sozialhilfe.

neulich mit einem Friseurunternehmer in Wien geredet. In Wien sind 600 Friseure arbeitslos gemeldet. Wenn er ein Casting macht, zu dem er 120 einlädt, kommen nur 25. Die anderen melden sich rückwirkend krank, wenn sie gesperrt werden. Von diesen 25 scheiden dann einige aus, weil sie die Qualifikationen nicht haben, Deutschkenntnisse fehlen. Dann bleiben ganz wenige übrig und die sagen, sie wollen nur Montag bis Donnerstagvormittags arbeiten. Er könnte sofort 20 Personen einstellen, aber er findet niemanden. Es darf nicht so einfach möglich sein, zumutbare Jobs auszuschlagen oder an Kursen, die das AMS finanziert, nicht teilzunehmen. Hier fordern wir nicht unbedingt strengere Sanktionen, aber einfach einen konsequenten Vollzug.

2021 kam es in 15 Prozent der Fälle zu Sperren. Viele dieser Sanktionen wurden erfolgreich zu Gunsten der Arbeitslosen beeinträchtigt. Welche anderen Instrumente braucht es, um sicher zu stellen, dass Bewerber*innen Jobs annehmen können?

Gleißner: Unternehmen müssen sich überlegen, wie sie die Arbeitsbedingungen, gestalten. Können sie Home-Office bieten? Kann man in Tourismusregionen eine bessere Kinderbetreuung bieten? Kann man bei überregionaler Vermittlung vor Ort einen Wohnraum bieten?

Das wäre wichtig, weil wir eine enorme Kluft zwischen Ost und West haben – im Osten sehr viele Arbeitslose, im Westen sehr viele offene Stellen. Deshalb fordern wir mehr Mobilität der Menschen.

Koza: Wir haben bereits ein sehr strenges Sanktionsregime in Österreich; eines der strengsten in Europa. Da gibt es wirklich keinen Handlungsbedarf. Die Frage war ja, ob denn ein degressives Arbeitslosengeld was bringt. Das WIFO hat in schwarz-blauen Zeiten eine Stu-

Wir haben im Osten sehr viele Arbeitslose, im Westen sehr viele offene Stellen. Deshalb fordern wir mehr Mobilität. R. Gleißner

die über degressive Arbeitslosengeldmodelle erstellt, die zeigt, dass sich die Kostenersparnis in Grenzen hält und Kosten in die Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe verlagert werden. Und ich sage klar: Desintegration am Arbeitsmarkt ist dezidiert nicht unser Ziel. Es kommt für uns auch nicht in Frage, dass die Notstandshilfe abgeschafft wird. Das war auch bei den Koalitionsverhandlungen ein ganz wesentliches Element.

Gleißner: Wir sprechen so viel über Geld und über Staat. Ich finde, der nachhaltigste Schutz gegen Armut ist eine gute Beschäftigung und der österreichische Arbeitsmarkt bietet das. Das sollte die Priorität sein.

Koza: Natürlich, aber der Job alleine ist es nicht. Es geht um gute, nachhaltige, sichere Beschäftigung. Wir haben in Österreich eine Arbeitsmarktfuktuation von einer Million im Jahr. Das zeigt eine Zunahme von prekärer Beschäftigung.

Gleißner: Wo haben wir die?

Koza: Zum Beispiel eine Teilzeitbeschäftigungsquote bei der Frauen von 47 Prozent.

Gleißner: Aber 90 Prozent wollen Teilzeit arbeiten.

Koza: Man muss nur den Einkommensbericht des Rechnungshofs anschauen, wie sehr die Stundenentgelte bei Vollzeit, bei Geringfügigkeit und Teilzeit voneinander abweichen. Traditionelle Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse, also ganzjährige Anstellungen betreffen immer weniger Menschen. Immer mehr sind unterjährig arbeitslos. Wenn man sich die Einkommensentwicklung der letzten Jahre anschaut, dann sieht man, dass die Reallohnentwicklung stagniert.

Gleißner: Das ist eine Milchmädchenrechnung. Wenn immer mehr in Teilzeit gehen, bedeutet das statistisch eine Dämpfung des Durchschnittslohns. Das heißt nicht, dass der Einzelne Einkommen verliert.

Koza: Dann unterstellten Sie der Statistik Austria und dem Rechnungshof eine Milchmädchenrechnung. Es geht um die Reallohnentwicklung und die hängt nur bedingt davon ab, ob ich teilzeit- oder vollzeitbeschäftigt bin. Die Frage ist, ändert sich die Kaufkraft? Und der wesentliche Punkt, warum diese nicht steigt, ist weil die Beschäftigungsverhältnisse instabiler werden. (3)

Gleißner: Wissen Sie, wie lang ein Dienstverhältnis heute im Schnitt dauert? Genau zehn Jahre. Und vor 14 Jahren? Auch genau zehn Jahre. Das hat sich nicht geändert. (4)

Da macht es wohl Sinn, sich die Entwicklung in unterschiedlichen Sektoren anzuschauen.

Koza: Ja, bei sozialen Diensten, wo die Arbeitsplatzbelastung besonders hoch ist, habe ich eine hohe Fluktuation. In



Gleißner: 90 Prozent wollen Teilzeit arbeiten. Koza: Traditionelle Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse betreffen immer weniger Menschen.

der Pflege, in den klassischen Frauenbranchen, im Handel. Bei stabilen Beschäftigungsverhältnissen gibt es eine gute Reallohnentwicklung. Aber das werden immer weniger.

Es sind derzeit 102.000 Stellen beim AMS gemeldet und 400.000 arbeitslos gemeldete Personen. Da gibt es offensichtlich eine Diskrepanz. Es gibt besonders viele Langzeitarbeitslose. Laut einer Studie des SORA Instituts bewerben sich diese nicht seltener, sondern werden seltener für eine Stelle in Betracht gezogen, etwa wegen Lücken im Lebenslauf. Welche Anreize könnte man hier für Unternehmen schaffen?

Gleißner: Zunächst einmal haben wir im Winter ein höheres Niveau an Arbeitslosigkeit. Im Sommer haben annähernd so viele freie Stellen wie Arbeitslose. Aber wir haben tatsächlich mehr Langzeitarbeitslose als vor der Krise. Dagegen hat man die „Aktion Sprungbrett“ eingeführt, das Eingliederungshilfen beinhaltet. Dieses Programm hat gut gewirkt.

Koza: Wir hatten schon vor COVID eine relativ hohe Langzeitarbeitslosigkeit. Von 2008 bis 2017 hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen vervierfacht. Als 2020 die COVID-Krise mit voller Wucht ausgebrochen ist, gab es immer noch 90.000 Langzeitarbeitslose. Die „Aktion Sprungbrett“ ist ein sehr gu-

ter Ansatz. Die Stärke des Programms ist ja, dass die Eingliederungshilfen sowohl für den privatwirtschaftlichen Sektor gelten, als auch für den gemeinnützigen und den öffentlichen. Es ist eine Illusion, dass der private Sektor Langzeitarbeitslose alleine aufnehmen kann. Aber die Erfahrung mit diversen Beschäftigungsprogrammen hat gezeigt, dass diese unterstützend waren, Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Wir haben bereits eines der strengsten Sanktionsregime in Europa. Da gibt es wirklich keinen Handlungsbedarf. M. Koza

Gleißner: Es freut mich, dass Sie den ersten Arbeitsmarkt hervorheben, denn das ist wirklich eine nachhaltige Beschäftigung und nicht nur ein staatlich geförderter Job.

Koza: Man sollte den öffentlichen und den privaten Sektor nicht gegeneinander ausspielen. Erklären Sie einem Lehrer und einer Krankenschwester, dass das kein nachhaltiger Job ist. Aber ich gebe Ihnen schon recht, die primäre Zielrichtung sollte sein, Menschen im ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Der öffentliche Sektor ist ein wesentlicher wirtschaftlicher Akteur, der die Rahmenbedingungen schafft, damit die Privatwirtschaft prosperieren kann.

⁽¹⁾ *Der Wirtschaftsbund, die dominierende Kraft in der WKO, fordert ein degressives Arbeitslosengesetz mit 40 Prozent Nettoersatzrate am Schluss.* www.derstandard.at/story/2000126474898/oevp-wirtschaftsbund-will-strengere-regeln-fuer-arbeitslose

⁽²⁾ https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitswelt/arbeitsmarktpolitik/Zwischenparken_von_Beschaeftigten_kostet_Mil-lionen.html

⁽³⁾ *Seit 1998 stagnieren die Realeinkommen, bei Arbeiter*innen sind sie stark rückläufig, Seite 40ff.* www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/home_1/Allgemeiner_Einkommensbericht_2020.pdf

⁽⁴⁾ *Laut Einkommensbericht des Rechnungshofs aus dem Jahr 2020, erfüllten 60 Prozent der selbstständig Erwerbstätigen das Kriterium einer zweijährigen, durchgehenden Beschäftigung, Seite 61.* www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/home_1/Allgemeiner_Einkommensbericht_2020.pdf

Irina Vana ist Soziologin und Sozialhistorikerin. Sie arbeitet am Zentrum für soziale Innovation im Bereich Arbeit & Chancengleichheit und engagiert sich im Rahmen des laufenden Volksbegehrens „Arbeitslosengeld Rauf“.

AUSTERITÄT

Nicht nur Sonne im Süden

Die Sozialisten in Portugal sicherten sich bei den Neuwahlen entgegen aller Prognosen die absolute Mehrheit. Als Minderheitsregierung hatten sie zuvor mit den Troika-Sparauflagen gebrochen. Einige soziale Probleme bleiben in der Top-Urlaubsdestination aber ungelöst.

TEXT UND FOTOS: MILENA ÖSTERREICHER

Das war für uns alle eine Riesenüberraschung“, sagt die Politikwissenschaftlerin Sofia Serra Silva von der Universidade de Lisboa, „niemand hat mit diesem Erfolg gerechnet“. Die sozialistische Partei Portugals, die PS, hat geschafft, wovon die Sozialdemokratie in anderen europäischen Ländern nur träumen kann: Am 30. Jänner 2022 erreichten die Sozialisten unter Ministerpräsident António Costa bei vorgezogenen Neuwahlen mit knapp 42 Prozent die absolute Mehrheit in der Assembleia da República, dem portugiesischen Parlament.

Seit der Nelkenrevolution 1974, dem friedlichen Putsch einiger Militärangehöriger, der das Ende von 40 Jahren Diktatur markierte, wurde Portugal abwechselnd von zwei Großparteien regiert: den Mitte-links Sozialisten (PS - Partido Socialista) sowie den Mitte-rechts Sozialdemokraten (PSD - Partido Social Democrata). Die letzten sechs Jahre lang hatten die Sozialisten eine Minderheitsregierung geführt, die sich bei Abstimmungen ihre Mehrheiten durch die Stimmen zweier linker Kleinparteien sicherten. Ende vergangenen Jahres spielten diese nicht mehr mit und verweigerten ihre Zustimmung



Seit 2015 hatten die Sozialisten (PS) unterstützt von kleinen radikaleren Linksparteien in der Minderheit regiert. Sie hoben u.a. den Mindestlohn auf 505 Euro an.

zum Haushaltsentwurf für 2022. Sie sahen keine ausreichende Balance zwischen Sozialpolitik und Schuldenabbau mehr gegeben. Portugal ist von

Die Finanzkrise hatte Portugal schwer getroffen. Kredite mit rigiden Sparvorgaben belasten seither die Sozialpolitik.

den rigiden Sparvorgaben der Troika (Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds und Europäische Kommission) immer noch deutlich gezeichnet.

Auf Sparkurs

Die Finanzkrise hatte Portugal schwer getroffen. 2011 erhielt das Land unter Sparauflagen der Troika ein 78 Milliarden Euro schweres Hilfspaket. Die damalige PSD-Regierung erhöhte Steuern, kürzte Pensionen und Sozialausgaben und entließ Beamt*innen aus dem Staatsapparat. Der Mindestlohn stagnierte für vier Jahre auf einem monatlichen Niveau von 458 Euro.

Neben Sparmaßnahmen wurde auch versucht, ausländisches Geld ins Land zu holen. „Golden Visa“ wurden an Drittstaatsangehörige vergeben, die min-

destens eine halbe Million Euro in Immobilien investierten, und sich so freie Einreise in den Schengen-Raum sichern konnten. 5,2 Milliarden Euro spielte das Programm bis 2020, vor allem durch Investor*innen aus Russland, Brasilien und China, ein. Auch europäische Pensionist*innen wurden mit Steuerbefreiungen angelockt, um ihren Lebensabend im sonnenverwöhnten Land auf der iberischen Halbinsel zu verbringen.

Abgestraft

Bei den Wahlen 2015 verloren die Konservativen ihre absolute Mehrheit. PS-Chef António Costa, der als Wahl-Zweiter hervorgegangen war, nutzte die Gelegenheit. „Zum ersten Mal in der Geschichte der portugiesischen Demokratie hatten sich die Sozialisten mit den radikaleren Linksparteien zusammengesetzt“, beschreibt Politologe António Costa Pinto. Die „Geringonça“ („Klapperkiste“) war geboren. So bezeichnete man die Konstellation der Sozialisten mit dem „Bloco Esquerda“ (dem Links-

block, BE) und dem Wahlbündnis CDU (Coligação Democrática Unitária), das aus Kommunisten und Grünen besteht. Eine Konstellation dreier Parteien, die, abgesehen von der Abkehr der Sparpolitik, wenig gemein hatten.

Die „Klapperkiste“ entschied sich jedenfalls gegen die Austeritätspolitik, die Portugal ähnlich wie Italien, Spanien und Griechenland auferlegt wur-

**Eine Zweizimmerwohnung
kostet 900 bis 1.200 Euro.
Bei einem Durchschnittslohn
von 1.200 Euro.**

de. Damit machte man international Schlagzeilen. Die Zusammenarbeit mit der radikalen Linken wurde auch von den europäischen Institutionen kritisch beäugt. „Aber entgegen der Erwartungen erhöhten sie die Staatsausgaben nicht drastisch“, erklärt Costa Pinto. Dass die Wirtschaft anzog, begünstigte die Ausgangslage dabei. Die Sozialisten und ihre Verbündeten machten

Lissabon wurde zur Top-Reisedestination: Innerhalb weniger Jahre stieg die Zahl der Ferienwohnungen von 500 auf 18.000. Die Mieten explodierten, Wohnraum fehlt.



die Kürzung einiger Sozialleistungen rückgängig, hoben den Mindestlohn auf 505 Euro an und besteuerten höhere Einkommen stärker. Aber nicht alles wurde zurückgenommen. „Der schwache Arbeitnehmer*innenschutz und die gekürzte Bezahlung von Überstunden sind bis heute geblieben“, ergänzt die Politikwissenschaftlerin Sofia Serra Silva.

Olá Lisboa

Gleichzeitig boomte der Tourismus. Portugal – insbesondere die Hauptstadt Lissabon – wurde zur Top-Reisedestination. Rund 5 Millionen Tourist*innen besuchten vor der Pandemie 2019 die 500.000-Einwohner*innen Hauptstadt am Tejo. Die Wirtschaft erhielt Aufwind, jedoch nicht ohne Auswirkungen für die lokale Bevölkerung. Innerhalb von sieben Jahren stieg die Zahl der Ferienwohnungen in Lissabon von 500 auf 18.000. Wohnraum, der nun fehlt – ein Problem, das man im Zuge des boomenden Städtetourismus auch aus anderen Metropolen kennt. Im Jahr 2019 belief sich die Miete für eine Zweizimmerwohnung in Lissabon auf 900 bis 1.200 Euro – bei einem Durchschnittslohn von rund 1.200 Euro.

„Niemand mit einem portugiesischen Gehalt kann sich solche Mieten leisten“, sagt Sara Fernandes von „Habita“. Die Organisation setzt sich für das Recht auf Wohnraum ein und unterstützt Menschen, die von Zwangsräumungen betroffen sind. Noch bis 2012 gab es eine Mietpreisbremse. Im Zuge der Sparauflagen wurde diese beendet. Der Wohnungsmarkt wurde liberalisiert, Häuser renoviert und Mieten angehoben. Wenn die Miete nicht bezahlt werden konnte, drohte die Zwangsräumung. Selbst die UN-Sonderberichterstatterin für das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen, Leilani Farha, warnte damals vor einer „ungezügelter Touristifizierung“, die das Entstehen einer „neuen Armut“ bewirken könnte.



Demo von „Habita“, einer NGO, die sich für das Recht auf Wohnraum einsetzt. In Portugal beträgt der Anteil des sozialen Wohnbaus nur zwei Prozent.

„Es gab nie eine starke Wohnpolitik, so wie etwa in Österreich“, erzählt „Habita“-Kollegin Maria João Costa. Begonnen hatte das strukturelle Wohnraumproblem bereits in den 1990er-Jahren. Damals wurde Lissabon zur europäischen Kulturhauptstadt, auch die Weltausstellung EXPO fand hier statt. „Man hat damals Platz für Tourist*innen geschaffen, die Preise für Wohnungen sind daraufhin in die Höhe geschossen. Für die Menschen, die durch diese Politik verdrängt wurden, hatte man aber keine Alternativangebote bereitgestellt“, so Costa. Die Finanzkrise hatte das Wohnraumproblem noch verschärft. Portugies*innen finden seither immer schwerer eine Mietwohnung, vor allem in den Ballungsräumen der größten Städte, Lissabon und Porto.

Wenig Wohnraum

Das hat auch mit der Struktur des Wohnungsmarktes zu tun. Portugal verfügt mit gerade einmal zwei Prozent über eine der niedrigsten Sozialwohnungs-raten Europas. Zum Vergleich: In Österreich liegt der Anteil bei 24 Prozent, wie „Housing Europe“, der Europäische Verband des öffentlichen, genossenschaftlichen und sozialen Wohnungsbaus, in

einer Studie 2021 feststellte. Dabei würde in Portugal großer Bedarf bestehen. Knapp ein Fünftel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, also von weniger als 540 Euro im Monat. Ein Problem, das die beiden „Habita“-Aktivistinnen in letzter Zeit vermehrt zu hören bekommen, ist, dass einige Vermieter*innen „Mobbing“ betreiben, um Menschen mit alten, günstigeren Verträgen aus den Wohnungen zu bekommen. „Sie drehen Wasser und Strom ab, wechseln die Schlösser aus oder starten Bauarbeiten rund um dich herum, sodass es unmöglich wird, weiter in dem Haus zu bleiben“, erzählt Maria João Costa.

Neoliberale Bestimmungen bleiben

Auch die Zahl der Zwangsräumungen ist gestiegen. Im Jahr 2017 verloren laut dem Justizministerium durchschnittlich fünf Familien täglich ihr Zuhause. „Auch wenn wir eine sogenannte sozialistische Regierung haben, bleiben diese neoliberalen Bestimmungen bestehen, und das strukturelle Problem wird nicht angegangen“, sagt die „Habita“-Aktivistin Maria João Costa. Sie befürchtet, dass sich das Problem verschlimmern wird, sobald es nach den Wahlen wieder ruhiger wird.



Rechtspopulisten im Parlament

Weiterhin beschäftigt wird die portugiesische Öffentlichkeit nach den Wahlen jedenfalls ein Thema: der Zugewinn der rechtspopulistischen Partei CHEGA. Jahrelang galt Portugal als Ausnahmeland, in dem es keine rechtspopulistischen Parteien und Abgeordnete im Parlament gab. Das änderte sich im Frühjahr 2019 als der Jurist und ehemalige TV-Sportkommentator André Ventura die Partei CHEGA („Es reicht“) gründete und ein halbes Jahr später bei den Parlamentswahlen mit einem Man-

Politologe Costa Pinto: Die Regierung machte die Kürzung einiger Sozialleistungen rückgängig.



dat den Einzug ins Parlament schaffte. Innerhalb von drei Jahren wurde die Partei nun mit über 7 Prozent und 12 Abgeordneten zur drittstärksten Kraft. CHEGA setzt auf bewährte Formeln solcher Parteien und zwar eine Anti-Haltung: gegen das Establishment, gegen eine liberale Migrationspolitik, gegen Menschen, die Sozialleistungen beziehen, und gegen den Vorwurf, Portugal sei rassistisch. Dabei brodeln es gerade bei diesem Thema immer wieder unter der Oberfläche.

Menschen mit Migrationsgeschichte aus den ehemaligen Kolonien berichten immer wieder von Alltagsrassismus. Und auch rassistisch motivierte Gewalttaten schockierten in den vergangenen Jahren die Öffentlichkeit des weltoffenen Landes. Etwa der Mord an Bruno Candé im Juli 2020, einem Schwarzen Schauspieler, der auf der Straße in einem Vorort von Lissabon erschossen wurde. Der Täter: ein ehemaliger Soldat, der im Kolonialkrieg in Angola gekämpft hatte. Im Februar 2021 erhielt eine Petition rund 25.000 Unterschriften, die forderte, dass der Leiter der NGO „SOS Racismo“ des Landes verwiesen wird.

Koloniale Schatten

Portugal hat ein großes Kolonialerbe. Es war die erste und letzte Kolonialmacht Europas. Über 500 Jahre lang

Politologin Serra Silva: Der schwache Arbeitnehmer*innenschutz ist geliebt.



Foto: privat

beherrschte das Land Gebiete in Afrika, Lateinamerika und Asien. Millionen Menschen wurden im Zuge des transatlantischen Sklavenhandels verschleppt. Die letzten Kolonialkriege in Angola, Mosambik und Guinea-Bissau endeten erst 1974 im Zuge der Nelkenrevolution.

Danach standen zunächst die Umbrüche im eigenen Land auf der Tagesordnung. „Wir haben jetzt weniger Probleme mit der autoritären Vergangenheit“, meint der Politologe Costa Pinto. „Im Gegensatz zu anderen südeuropäischen Ländern, wie etwa Spanien, wo man bis heute über das Grab von Franco und den Umgang mit seiner Gedenkstätte diskutiert. In Portugal gab es einen klaren Bruch mit der Diktatur, auch auf symbolischer Ebene“. Auch die portu-

In Portugal gab es einen klaren Bruch mit der Diktatur. Über das koloniale Erbe wird nicht so gern gesprochen.

giesische Verfassung spricht eine klar anti-autoritäre Sprache, so Costa Pinto. Über das koloniale Erbe werde jedoch nicht gern gesprochen. „Die nationale Identität besteht zum größten Teil immer noch aus diesem Bild der brillanten Vergangenheit als Seefahrer und Entdecker der Welt.“

Sonnige Zeiten für Sozialisten?

In der ehemaligen Seefahrernation warten indes viele Herausforderungen auf den sozialistischen Ministerpräsidenten António Costa. „Er wird seine bisherige Politik wohl fortsetzen und auch im Budgetplan keine großen Änderungen vornehmen“, schätzt die Politikwissenschaftlerin Sofia Serra Silva. „Dank der absoluten Mehrheit muss er der Linken nun keine Zugeständnisse mehr machen“. Ob die Sonne für die Sozialisten bei den nächsten Wahlen noch scheinen wird, wird sich aber auch an ihrem Umgang mit den drängenden sozialen Fragen und der erstarkten Rechten zeigen.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo),
Karin Wasner (Bilder), P.M. Hoffmann (Illustrationen),
Eva Vasari (Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva Maria
Bachinger, Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Valentine Auer, Nour Khelifi, Sonja
Kittel, Denise Kopyciok, Milena Österreicher, Alexander
Pollak, Martin Reiterer, Sophia Reiterer, Martin Schenk,
Lena Schilling, Sandra Schmidhofer, Philipp Sonderegger,
Magdalena Stern, Irina Vana, Vina Yun

COVERBILD: P.M. Hoffmann

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Katharina Hofmann-Sewera

Katharina.Hofmann-Sewera@sosmitmensch.at,
Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS: Irene Palmetshofer, abo@momagazin.at

Telefon: +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien
Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller;
Obmann: Max Koch
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie und Migration
ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge
ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von
Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den Urheber*innen.
Falls kein/e Urheber*in ausgewiesen ist:
SOS Mitmensch.

SOLIDARITÄT

„Das gibt einem ein bestärkendes Gefühl“

Sie haben nach dem Terroranschlag in Wien eine gemeinsame Gedenkkundgebung abgehalten und agieren, wenn es um Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus geht, solidarisch. Victoria Borochov von der Jüdischen österreichischen Hochschüler*innenschaft (JöH) und Hager Abouwarda von der Muslimischen Jugend Österreichs (MJÖ) im Gespräch.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL, ALEXANDER POLLAK
FOTOS: KARIN WASNER

Ist es in eurem Alltag eigentlich relevant, dass ihr jüdisch bzw. muslimisch seid?

Victoria: Bei mir ist es mittlerweile in jedem Lebensbereich relevant. Ich studiere Judaistik, ich bin Vize-Präsidentin der JöH, ich habe im Kulturbereich der Israelitischen Kultusgemeinde gearbeitet und ich mache Führungen in der Synagoge, also mein ganzes Leben dreht sich ums Judentum. Aber in meinem privaten Umfeld, mit nichtjüdischen Freunden und Freundinnen ist das nicht so relevant, da bin ich dann einfach ich. Auch wenn wir natürlich über Antisemitismus sprechen, zum Beispiel wegen der Vorkommnisse bei den Corona-Demos.

Hager: Bei mir ist es ähnlich. Dass ich muslimisch bin, ist schon relevant, etwa durch meine Glaubenspraxis, während das in meinem Freundeskreis weniger Thema ist. Wobei: wenn ich muslimische Freundinnen und Freunde treffe, kann es schon sein, dass wir darüber reden, was wir im öffentlichen Raum erlebt haben. Deutlich spürt man das auch, wenn man eine Wohnung sucht



MJÖ-Pressesprecherin Hager Abouwarda und JöH-Vize-Präsidentin Victoria Borochov im Gespräch. Tut die Politik genug oder wird vor allem geredet?

oder sich um einen Job bewirbt. Da gibt es absurde Geschichten: Eine Freundin hat mir einmal erzählt, sie wurde bei der Führerscheinprüfung gefragt, ob sie nicht ihr Kopftuch ausziehen will. Sowas beschäftigt einen, ob wieder irgendwelche Vorfälle kommen. Mir hat einmal ein Berater geraten: Such dir lieber einen Job, wo du nicht sichtbar bist. Vielleicht in einem Callcenter. Das war ein „gut gemeinter“ Ratschlag. Aber ich weigere mich, dass meine Zukunft vielleicht in einem Callcenter ist.

Habt ihr euch einmal überlegt, ob ihre eure Religionszugehörigkeit sichtbar machen wollt?

Hager: Meine Religionszugehörigkeit wird ja durch das Kopftuch sichtbar, das war eine persönliche Entscheidung und soll für andere keine Botschaft darstellen. Ganz plakativ: Weder Minirock noch Kopftuch ist eine Einladung zu einer Handlung oder einem Kommentar.

Victoria: Bei mir war es umgekehrt. Ich wollte eigentlich nicht als Jüdin erkennbar sein. In der Schulzeit habe ich

das eher versteckt. Aber meine Arbeit in der JöH, wo ich mit jüdischen Leuten zusammen bin, hat mich bestärkt. Jetzt traue ich mich auch, eine Kette mit dem Davidstern sichtbar zu tragen, oder eben als jüdische Aktivistin in der Öffentlichkeit zu sprechen. Und damit auch zu riskieren, zur Zielscheibe zu werden.

Habt ihr das Gefühl, sichtbar zu sein ist ein Risiko in Österreich?

Hager: Auf jeden Fall, da kann ich Victoria nur zustimmen. Du wirst einfach zur Zielscheibe, entweder von rassistischen Menschen, die dich identifizieren oder auch sonst.

Habt ihr selbst Unangenehmes erlebt?

Hager: Ja, sicherlich, nicht wenig. Egal ob in den Öffis oder auf der Straße, da fallen Schimpfworte öfters so nebenbei, wenn man aussteigt.

Victoria: Bei mir ist das etwas anders, weil ich nicht erkennbar jüdisch bin. Aber zum Beispiel, als ich zehn Jahre alt war, hat ein Junge in der Schule auf den Treppen begonnen, mich zu schubsen und gemeint: „Du Scheiß-Jüdin, ich bring dich und deine ganze Familie um.“ Auch in den sozialen Netzwerken kriege ich Hassnachrichten. Das kommt in Wellen. Zum Beispiel im Mai, nach der Gegenkundgebung „Gegen jeden Antisemitismus“ erhielt ich sehr viele antisemitische Meldungen. Auch jetzt bei unserer Anzeige gegen Kickl. Das kann einen schon sehr belasten.

Wie seid ihr aufgewachsen, war Religion bei euch zuhause ein Thema?

Hager: Ich erinnere mich, dass meine Eltern ab und zu gebetet haben, also die religiöse Praxis bekommt man als Kind mit. Aber es war kein großes Thema, das unser Leben irgendwie bestimmt hätte.

Victoria: Wir waren in meiner Kindheit nicht wirklich eine religiöse Fami-



Borocho, Abouwarda: Aktiv in der JöH oder MJÖ zu sein, gibt einem Zugehörigkeit und das Gefühl, dass man nicht allein ist.

lie. Wir sind jeden Freitag und Samstag zum Schabbes zu meinen Großeltern gegangen. Damals ist der Fernseher im Hintergrund gelaufen, die Kinder haben geschaut. Mittlerweile sind sie ein bisschen religiöser geworden. Ich selbst bin nicht sehr religiös, aber ich liebe meine Kultur.

Nach der Demo „Gegen jeden Antisemitismus“ kamen sehr viele antisemitische Meldungen. Victoria Borocho

Würdet ihr sagen, ihr seid merkbar anders sozialisiert worden? Im Kindergarten ist es ja in Österreich, anders als in anderen Ländern unüblich, die großen Feste gemeinsam zu feiern.

Victoria: Das war für mich weniger relevant, weil ich die jüdischen Feiertage immer mit meiner Familie gefeiert habe. Ich fand Weihnachten und Nikolo immer ganz süß, weil ich da Geschenke und Süßigkeiten bekommen habe. Aber mittlerweile finde ich schon, dass es mich beeinflusst, vor allem, wenn jüdische Studentinnen zu Jom Kippur eine Prüfung machen müssen, obwohl es der höchste jüdische Feiertag

ist. Das muss berücksichtigt werden.

Hager: Als Kind merkt man das vielleicht nicht so. Man feiert Weihnachten in der Schule, daheim hatten wir das nicht. Aber wir sind zum Beispiel zum Christkindlmarkt gegangen. Ich höre aber von anderen Jugendlichen, die zum Ramadan gesetzlich einige Tage frei nehmen dürften, dass sich Lehrer darüber aufregten.

Welche Rolle spielen Organisationen wie die JöH und MJÖ? Wie seid ihr dort hingekommen?

Hager: Ich bin schon seit einigen Jahren bei der MJÖ und für mich war es eine wichtige Erfahrung, dass ich mich dort nicht fremd oder anders gefühlt habe. Keiner hinterfragt mein Aussehen, mein Kopftuch. Du wirst als Person einfach so angenommen. Das war eine Erleichterung, ein safe space. Wenn ich negative Erlebnisse hatte, konnte ich mit anderen darüber reden. Vielen geht es dort genauso. Zugleich gibt einem ein bestärkendes Gefühl, dass man nicht allein ist.

Victoria: Das könnte ich genauso unterschreiben. Ich war an einer öffentlichen Schule, hatte kaum jüdische Freund*innen und habe gemerkt, dass

da ein kleines bisschen Zugehörigkeitsgefühl fehlt. Es war purer Zufall, dass ich über Freundinnen zur JöH gekommen bin. Alle waren extrem nett und willkommenheißend, plötzlich merkte ich, hier gibt es diese Zugehörigkeit. So bin ich dann einfach geblieben (lacht). Die JöH ist auf jeden Fall ein „Safe space“, wo man gegen Antisemitismus kämpft, wo man gemeinsam aufsteht, und nicht immer in der Opferrolle ist. Das ist extrem bestärkend. Ich weiß nicht, wo ich ohne die JöH heute wäre.

Wie entkommt man der Opferrolle, das klingt sehr ambivalent?

Victoria: Da wird man automatisch hineingedrängt, man muss sich richtiggehend aus dieser Rolle herausbrechen. Natürlich sind Jüdinnen und Juden Opfer des Holocaust, und wir sind heute noch Opfer von Antisemitismus. Aber nicht nur. Wir sind stark, wir stehen dagegen auf. Deswegen haben wir auch FPÖ-Chef Kickl angezeigt.

Hager: Wir verstehen uns selbst als Brückenbauer*innen in der MJÖ. Es gibt von verschiedener Seite Menschen, die die Gesellschaft spalten. Uns ist es wichtig, mit verschiedensten Menschen zusammenzuarbeiten, karitative Projekte auf die Beine zu stellen, aktiv für die Gesellschaft da zu sein. Das ist bestärkend, man sieht nicht nur die negativen Seiten, die Hasskommentare, sondern erlebt auch andere, positive Reaktionen von Menschen. Wie du gesagt hast, Victoria, die Opferrolle sucht man sich nicht aus, aber es ist eben wichtig, da rauszukommen.

Wie kam es zu den Kooperationen zwischen euren Organisationen?

Hager: Ich glaube, das erste Mal war der Protest gegen das Lueger-Denkmal, und es gab auch andere wechselseitige Unterstützungen. Auch beim Terroranschlag am 2. November. Drei Tage danach haben wir gemeinsam eine Gedenkkundgebung organisiert, um ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Das haben wir auch heuer wieder gemacht.



Hager Abouwarda über die „Islamlandkarte“: Wie sollte man das bewerten, wenn so eine Maßnahme von der Integrationsministerin kommt?

Ein wichtiges Projekt der MJÖ war es, gegen Antisemitismus aufzutreten. Wie kam es dazu, hat da auch die Diskussion um muslimisch motivierten Antisemitismus eine Rolle gespielt?

Hager: Unter anderem, ja. Wir haben bemerkt, dass muslimische Bürger*innen für einen Anstieg des Antisemitismus verantwortlich gemacht werden. Deshalb wollten wir uns damit auseinandersetzen, gesamtgesellschaftlich aber vor allem innermuslimisch. Wenn man an Österreichs Geschichte denkt, dann wollen wir nicht, dass man die Problematik nur der muslimischen Community zuschiebt. Wir selbst haben ein Buch herausgebracht, „Muslim*innen gegen Antisemitismus“, wir haben Gespräche mit Zeitzeug*innen oder etwa eine Reise nach Auschwitz organisiert.

Interessant ist, dass die Politik Antisemitismus mittlerweile sehr klar ablehnt. Man hört fast wöchentlich Wortmeldungen, es gibt Gedenktage. Andererseits ist die Politik bei anti-muslimischen Rassismus zumindest sehr leise oder befeuert ihn sogar

noch. Ist diese Ungleichbehandlung ein Thema bei euch?

Victoria: Politiker*innen treten gerne auf und sagen „Never again“. Aber die Frage ist: Was wird tatsächlich gemacht? Es gibt immer noch Antisemit*innen im Nationalrat, noch mehr auf der Straße. Das Innenministerium warnt Jüdinnen und Juden, sie sollen sich in Acht nehmen. Man fühlt sich durch die Politik nicht wirklich geschützt, sondern eher im Stich gelassen. Ich würde mir wünschen, dass der Antisemitismus auf den Corona-Demos viel schärfer kritisiert und geahndet wird. Nicht das jüdische Leben soll sich in Acht nehmen, sondern die Rechtsextremisten.

Hager: Es ist leicht für die Politik, symbolisch etwas zu verkünden. Aber wer macht wirklich etwas, wer organisiert wirklich etwas? Das sind dann meistens die Jugendorganisationen. Als am Ring die Gedenkbilder an NS-Opfer wiederholt beschmiert und zerstört wurden, waren das Jugendorganisationen wie die MJÖ, die dann 24-Stunden Mahnwache gehalten haben. Das ist ehrlich gemeinte Solidarität. Da ist auch der Rabbiner gekommen und hat uns im



Victoria Borochoy zur Sachverhaltsdarstellung der JöH gegen Kickl nach einem ZiB2-Interview: „Ich finde es wichtig, dass wir das gemacht haben, aber schade, dass es niemand anderes gemacht hat.“

Ramadan zum Fastenbrechen Essen gebracht.

Victoria, du hast die Sachverhaltsdarstellung der JöH zu Herbert Kickl angesprochen, warum der Schritt?

Victoria: Kickl hat in einem ZiB2-Interview aus unserer Sicht ganz klar den Holocaust verharmlost, indem er die strukturelle Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden mit der jetzigen Situation verglichen hat. Das wollten wir so nicht stehenlassen. Wir wollten aufzeigen, dass ein Nationalratsabgeordneter im öffentlich-rechtlichen Fernsehen den Holocaust verharmlost und das ohne Konsequenzen bleibt. Ich finde es wichtig, dass wir das gemacht haben, aber extrem schade, dass es niemand anderes gemacht hat.

Weiterhin Thema ist die „Islamlandkarte“, für die es viel Kritik gab, auch dass sie wissenschaftlich keine Erkenntnisse bringt. Im Auftrag des Integrationsministeriums erstellt, hat die Art der Präsentation islamische Organisationen in den Kontext von religiösem Extremismus gestellt. Wie seht ihr das?

Victoria: Wir haben das stark kritisiert, das fanden wir eine Frechheit der Politik.

Hager: Interessant war, dass wir, bevor sie online ging, schon eine Kampagne gegen die „Islamisierung der Politik“, gemacht haben, weil wir bereits seit Jahren beobachten können, dass das Thema „Islam“ politisch instrumentalisiert wird, um von eigenen

Gemeinsame Mahnwache bei den Gedenkbildern an NS-Opfer: Der Rabbiner brachte zum Fastenbrechen Essen.

Verfehlungen und Mißständen abzuwenden. Wie sollte man das bewerten, wenn so eine Maßnahme von der Integrationsministerin kommt? Die Folgen konnte man sehen, es tauchten verhetzende Schilder vor Moscheen auf und man stachelt Menschen mit dieser Karte auf. Was uns sehr gefreut hat, ist, dass es eine unheimlich große Solidaritätswelle gegeben hat. Das war bestärkend. Zugleich fragt man sich, wie ernst wird die Zivilgesellschaft genommen, wenn die Karte nicht gelöscht wurde?

Im türkis-grünen Regierungsprogramm ist noch von einer Forschungs- und Dokumentationsstelle für religiös motivierten politischen Extremismus und Rassismus die Rede. Was blieb, ist eine Stelle für den „politischen Islam“. Wurde das Projekt nur schlecht umgesetzt oder ist es insgesamt fragwürdig?

Hager: Es ist wichtig, gegen jede Art von Extremismus vorzugehen. Dazu müsste man sich unsere Gesetzeslage anschauen, ob es Lücken gibt und ob wir eine ausreichende Regelung haben. Dass die „Islamlandkarte“ problematisch ist, sieht man jedenfalls schon daran, dass sie von der Dokumentationsstelle politischer Islam erstellt wurde. Damit wird klar, dass das Argument der Ministerin, die Karte sei neutral, nicht greift.

Wie seht ihr euer Verhältnis zu den Dachorganisationen, zur IGGÖ, der Islamischen Glaubensgemeinschaft, und zur IKG, der Israelitischen Kultusgemeinde? Reibt ihr euch da oder läuft das ganz harmonisch?

Victoria: Die IKG vertritt ja alle jüdischen Gemeinden in Österreich. Wir vertreten jüdische Studierende. Teilweise haben wir sehr verschiedene Ansichten, wir sind sicherlich lauter in unserem Aktivismus, aber wenn wir Unterstützung brauchen, ist die IKG auf jeden Fall eine Anlaufstelle. Dass uns im Oktober der Präsident für einen Austausch getroffen hat, fanden wir einen wichtigen Schritt.

Hager: Wir sind unabhängig und es gibt auf jeden Fall Reibungsfläche. Um ehrlich zu sein, ist die IGGÖ keine Anlaufstelle für uns, wir halten vieles, was dort passiert, für falsch. Wenn sie etwas Gutes machen, dann sagen wir das auch. Als die Frauensprecherin 2020 ausgetreten ist, haben wir uns aus feministischen Gründen hinter sie gestellt, und gesagt: Es kann nicht sein, dass ein Gremium, das die gesamte muslimische Community vertreten sollte, nur aus Männern besteht. Das Projekt Ende letzten Jahres zum Empowerment von Mädchen und Frauen fand ich gut.

POPULÄR GESEHEN

Verachtet und dennoch gebraucht

Zuverdienst streichen, Arbeitslosengeld kürzen, Mindestsicherung abschaffen – wie Arbeitslose als Mittel zur sozialen Abgrenzung eingesetzt werden.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Streichen, kürzen, sperren. Das sind die Zeitwörter, die die Arbeitsmarktdebatte beherrschen. „Warum unsere Gesellschaft Arbeitslose verachtet und sie dennoch braucht“, so hat Anny Mayr ihr Buch betitelt. Anny Mayr ist Redakteurin bei der ZEIT, Mama und Papa waren lange arbeitslos. Sie schreibt über ihre Kindheit und über das drohende Bild des Elends, zu dem Arbeitslose als Abschreckung benötigt werden. Hierzulande wird auch wieder über das Arbeitslosengeld diskutiert. In üblicher Tonlage: Zuverdienst streichen, Arbeitslosengeld kürzen, Mindestsicherung abschaffen. Diese Debatte dient, so Mayr, „als Mittel der sozialen Abgrenzung nach unten einerseits und andererseits als ein Drohmittel, um Menschen dazu zu bringen, schlecht bezahlte prekäre Jobs anzunehmen.“ Die Schriftstellerin Annie Ernaux kommt, ähnlich wie Anny Mayr, auf die Erfahrungen von Demütigung und Beschämung zu sprechen. „Es war normal, sich zu schämen, als wäre die Scham eine Konsequenz aus dem Beruf meiner Eltern, ihren Geldsorgen, ihrer Arbeitervergangenheit, unserer ganzen Art zu leben. Die Scham wur-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

de für mich zu einer Seinsweise. Fast bemerkte ich sie gar nicht mehr, sie war Teil meines Körpers geworden.“ Streichen, kürzen, sperren. Christian Baron beschreibt in seinem Buch „Proleten, Pöbel, Parasiten“ die Anmaßungen und die Verachtung, die Arbeitslose auch in „gebildeten“ und „liberalen“ Kreisen erfahren. Er selbst erzählt eine ähnliche Geschichte seiner Familie wie Anny Mayr. Die Mehrzahl der Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel hat den Eindruck, ihre Stimme zählt nicht. Studien des Max Planck Instituts zeigen auch, dass die Entscheidungen des deutschen Bundestages systematisch zugunsten oberer Berufs- und Einkommensgruppen verzerrt sind. Im Parlament wird das untere Drittel nicht repräsentiert. „Der Moment, in dem ich die Scham verloren habe, war in einem Gespräch mit einem Freund“, erzählt Anny Mayr. „Der sagte zu mir: Es ist doch das Recht eines Menschen, nicht zu verhungern. Genau so wie die Ampel in meiner Straße funktioniert und Schlaglöcher repariert werden, lässt man Familien in diesem Land eben nicht auf der Straße schlafen.“

POLIZEIKOLUMNE

Weniger Polizei!

Die Polizeigewerkschaften setzen bei der Bekämpfung der Pandemie auf zivile Behörden.

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.
Illustration: Petja Dimitrova

Mit Unmut über die Kontrolle der Impfpflicht lassen die Polizeigewerkschaften aufhorchen. Ab Mitte März sollen Polizist:innen laut Regierungsplan auch den Impfstatus überprüfen. Das sei aber Aufgabe der Gesundheitsbehörden und schade dem Vertrauen der Bevölkerung in die Exekutive. Ein roter Gewerkschafter hält die Kontrollen überhaupt für „sinnlos“: „Was passiert, wenn die Betroffenen nie einzahlen?“ Ein freiheitlicher Gewerkschafter hält die Kontrollen gar für eine „zweckwidrige und politische Verwendung“ der Polizei. Die Sorge über einen Vertrauensverlust ist berechtigt aber unbegründet. Man würde sich wünschen, die Polizei wäre auf ihr Image bei Bettler:innen und *People of color* ebenso bedacht wie bei Impfgegner:innen. Es unterscheidet Demokratien von autoritären Systemen, dass die Polizei gut in der Bevölkerung verankert ist. Das Anliegen ist legitim. Doch die Sorge ist unbegründet, seit einigen Jahren führt die Polizei Vertrauens-Rankings an. In keine andere Institution haben die Österreicher:innen mehr Vertrauen. Die Vorbehalte riechen

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei orf.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Eine Strategie gegen Rassismus

Österreich hat nicht nur ein Antisemitismus-, sondern auch ein Rassismus-Problem. Die Regierung sollte beide angehen. Es ist höchste Zeit.

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova

nach Rosinen picken. Richtig ist, dass die Polizei bei den Kontrollen lediglich als Hilfsorgan der Gesundheitsbehörden tätig werden wird. Das ist gesetzlich vorgesehen und hat rechtliche und praktische Gründe. Sollen Bestimmungen notfalls mit Zwang durchgesetzt werden, nehmen verschiedene Behörden die Polizei in Anspruch, die ja über das Gewaltmonopol verfügt. Von der Vorführung einer Zeugin im Auftrag des Gerichts bis zur Kindesabnahme für das Jugendamt. Die Polizei wird auch deshalb gerne mit Aufgaben betraut, weil sie mit ihren 30.000 Bediensteten landesweit und rund um die Uhr einsetzbar ist. Notfalls von heute auf morgen.

Sollen die Gesundheitsbehörden die Kontrollen selbst durchführen, müsste auch die entsprechende Infrastruktur aufgebaut und Mittel aufgewendet werden. Damit eröffnen die Polizeigewerkschafter eine Diskussion, die in den USA unter dem Titel „Defund the Police“ läuft: Für welche Aufgaben braucht es eine Waffe und für welche Aufgaben sind zivile Institutionen besser geeignet? Diese Diskussion sollte tatsächlich geführt werden.

Die Regierung hat Ende Jänner einen Umsetzungsbericht der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus präsentiert. Seit man mit der Umsetzung der Strategie begonnen habe, sei ein „großes Problem noch größer geworden“, sagte Verfassungsmministerin Karoline Edtstadler (ÖVP). Antisemitismus, und Holocaustverharmlosung haben während der Coronavirus-Krise tatsächlich Hochsaison. Es ist tatsächlich ein Gebot der Stunde, Antisemitismus den Kampf anzusagen. Die Türkis/Schwarz-Grüne-Regierung handelt richtig, wenn sie das tut. In der jüngeren Vergangenheit wurde Antisemitismus gerne als Kapitel aus früheren Zeiten angesehen, das in der Gegenwart bei Österreicher*innen eigentlich kein Thema mehr ist, sondern nur bei Menschen mit Migrationshintergrund. Oftmals bekam man den Eindruck, der Kampf gegen Antisemitismus werde als Argument vorgeschoben, um eine restriktive, muslimfeindliche Einwanderungspolitik zu rechtfertigen. Die Zunahme an Antisemitismus aufgrund der Coronavirus-Pandemie lässt diese Verengung der Debatte nur mehr schwerlich zu. Antisemitismus muss mit Nachdruck

überall dort entgegengetreten werden, wo er eben auftritt – rechts, links, in der Mitte der Gesellschaft, bei Zugewanderten und bei Autochthonen, bei Muslim*innen und bei Christ*innen, bei Extremist*innen und den ganz „normalen“ Leuten.

Und wenn wir schon beim Kampf gegen eine zerstörerische Ideologie sind: Österreich hat nicht nur ein großes Problem mit Antisemitismus, sondern auch mit Rassismus. Das haben Migrant*innen, NGOs und wissenschaftliche Studien mehrfach bewiesen. Rassismus macht krank, verhindert die Entfaltung von Potenzialen und zerstört den Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Auch dieser Thematik sollte sich die Regierung also widmen. Im Regierungsübereinkommen von ÖVP und Grüne wurde die Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus und Diskriminierung festgeschrieben. Um dieses wichtige Vorhaben ist es allerdings still geworden. Seit vielen Jahren gibt es einen Expertenrat für Integration, der die Regierung berät. Vielleicht könnte man ihn mit dieser sinnvollen Aufgabe betrauen? Und zwar jetzt – bevor ein großes Problem noch größer wird.

POPULÄRKULTUR

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler portraitiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

TEXT: NOUR EL-HOUDA KHELIFI

Wenn schon keine Schlagzeilen über korrupte Politikerinnen und Politiker oder Corona, dann wird das Lieblingsthema Österreichs ausgepackt: das Kopftuch. Wer hätte gedacht, dass inmitten monströser Inzidenzen, Studien darüber, welches Tier Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz wäre oder während der Impfpflicht das Kopftuchverbot von Lehrerinnen ein grandioses Revival bekommt? Ich nämlich nicht. Der APA liege ein Papier vor, in dem die Grünen im Zuge des Koalitionsvertrags mit der ÖVP das Vorschlagsrecht eines Stiftungsvorsitzenden einfordern, während gleichzeitig in einer Nebenabsprache am Kopftuchverbot für Lehrerinnen festgehalten wird. In diesem „Sideletter“, dem neuen Trendwort in Österreich nach Vodka Redbull, auch bekannt als Ibiza-Skandal, heißt es im genauen Wortlaut: „Im Wirkungsbereich des Bildungsministeriums wird im Wege des Erlasses ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen im Laufe der Legislaturperiode eingeführt.“ Dem Anschein nach sollen nicht alle Mitglieder

der grünen Partei über diese Absprache informiert worden sein. Überraschend, denn auch hier haben die Grünen inner- und außerhalb stets das Gut der Transparenz hochgehalten.

Antimuslimischer Rassismus – aber bitte in grün!

Politisch hat sich in Österreich seit der Geburt der FPÖ und dem fulminanten Aufstieg von HC Strache viel getan und auch viel verschoben. Ob konservativ, liberal, oder eben auch grün – mit antimuslimischem Rassismus und diskriminierenden Forderungen lässt sich offenbar viel politisches Kleingeld schlagen. Wählerinnen und Wähler, die Parteien vermeintlich an die FPÖ verloren haben, sollen offenbar zurückgewonnen werden. Parolen, die früher dem rechten Rand zugeordnet wurden, finden sich nun in den Reihen von SPÖ und ÖVP. Das Thema Islam und insbesondere das Kopftuch wurden zum Politikum, zur Trademark von Sebastian Kurz, wenn man so will. Dass das Geschäftsmodell des antimuslimischen Rassismus klar Schwarz-Blau zu zuord-



Illustration: Petja Dimitrova

nen ist, liegt auf der Hand. Wie aber ist das bei den Grünen? Stehen sie nicht für Diversität, für eine Gesellschaft, die frei von Sexismus und Diskriminierung ist, und wohl auch für die individuelle Entscheidungsfreiheit über den eigenen Körper?

Dass gerade sie aus machtstrategischen Gründen das Kopftuchverbot für Lehrerinnen vereinbaren, das passt doch nicht ganz in die Parteilinie. Vielleicht braucht es intern nun eine innige Reflexion darüber, was für ein Signal dieser Sideletter an die österreichische Bevölkerung, vor allem aber die eigene Wähler*innenschaft sendet.

Ein Blick in die Social Media zeigt, dass das Entsetzen nicht nur bei den muslimischen Österreicherinnen groß ist, sondern auch beim Rest der Bürgerinnen und Bürger, die von den grünen Werten überzeugt waren. Das ist nicht nur ermüdend, es nervt, dass man das Recht auf Selbstverwirklichung immer wieder neu aufrollen und diskutieren muss. Das ist auch ein österreichisches Phänomen geworden.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Optimistischer Blick

Was bedeutet es für Eltern, wenn ihr Kind lesbisch, schwul, trans, inter, nonbinär oder queer lebt, und wie haben sie dessen Coming-out erlebt? Angesichts dieser Frage bedienen Main-

stream-Medien nur allzu oft das Bild von gespaltenen Familien und problembehafteten Verhältnissen. Die Journalistin Lisa Bolyos und die Fotografin Carolina Frank werfen in ihrem (auch grafisch wunderbar gestalteten) Buch einen optimistischeren Blick und präsentieren etwas andere Familiengeschichten. Rund drei Jahre lang haben die Autorinnen Väter, Mütter, eine Großmutter und eine Tante von LGBTIQs getroffen – von der Chirurgin bis zur politischen Aktivistin, vom Bauern bis zum Taxiunternehmer, im ländlichen wie urbanen Österreich, Neuzuzugene wie Alteingessene.

18 dieser Begegnungen sind als Porträts in Text und Bild in diesem Buch festgehalten, das kein klassischer Ratgeber ist, sondern entlang der persönlichen Geschichten einer Vielzahl unterschiedlicher Erfahrungen Platz gibt. Ohne Konflikte und Anstrengungen auszusparen verbindet die hier versammelten Geschichten vor allem eins: das Gelingen der Beziehung und dem gegenseitigen Bestärken zwischen Eltern/Bezugsperson und Kind.

Bei nicht wenigen Eltern sind dabei gesellschaftliche Leitbilder ins Wanken geraten und ist ein Veränderungsprozess losgetreten

worden. Das, was ihnen geholfen oder sie eingeschränkt hat, ist auch als Spiegel rechtlicher und sozialer Entwicklungen in der Gesellschaft wiederzuerkennen. Ein empowerndes Buch für bestehende und kommende Generationen von Eltern und LGBTIQ-Kindern – oder wie ein Vater sagt: „Ich finde es super, wenn unsere Geschichte dazu beitragen kann, dass es leichter wird!“

(Vina Yun)

Lisa Bolyos & Carolina Frank

Mich hat nicht gewundert, dass sie auf Mädchen steht

Achse Verlag 2021

280 Seiten, 20 Euro

BUCH



Gemeinsam gegen Rechts

Eine überfällige Analyse der österreichischen Genderdebatte unter Druck von Rechts. Die anti-feministischen Maß-

nahmen der ÖVP-FPÖ-Regierung 2017 bis 2019 seien ein Aufschrei des Patriarchats gewesen, schreibt Elisa Fink: Die rechtspopulistische Regierung wirkte wie eine nationale anti-feministische Bewegung, die kein Interesse an Gleichberechtigung hatte, sondern mit ihrer Politik die „traditionellen“ Rollen- und Geschlechterstereotype vorantreiben wollten. Es geht um die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die Fink als Spiegel der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern versteht. Die Regierungsperiode von ÖVP-FPÖ hatte einen

enormen Einfluss auf Frauenrechte im Allgemeinen sowie auf feministischen Bewegungen: vom Familienbonus, der vor allem dem gutverdienend Mann Steuernachlass bringt, bis zum direkten Angriff auf feministische Vereine, deren Fördertöpfe gekürzt wurden. Fink analysiert, wie sich die Politik der rechtspopulistischen Parteien auf feministische Bewegungen ausgewirkt hat – und wie diese auf den Angriff von oben reagiert haben: mit gemeinsamem Widerstand. Für ihre qualitative Analyse hat die Autorin mit Akteur*innen der auto-

nomen feministischen Bewegung in Wien gesprochen. Birge Krondorfer von „Frauenhetz“ etwa, Brigitte Theißl (an.schläge) oder Simone Edelman von den „Omas gegen Rechts“ erzählen, wie sie durch den bitteren Kampf gegen den Rechtsruck zusammengewachsen sind und sich nicht unterkriegen haben lassen. (Denise Kopyciok)

Elisa Fink

Gemeinsam gegen Rechts – Feministischer Aktivismus in Wien gegen den Rechtspopulismus in Österreich

Marta Press 2021

180 Seiten, 21 Euro

POPULÄRKULTUR

KINDERBUCH



Und doch sind alle Äpfel rund ...

Eigentlich eine schöne Idee: Während die Politik gerne religiöse und kulturelle Vielfalt einsetzt, um zu spalten und daraus politisches Kleingeld zu schlagen, setzt dieses

Kinderbuch dieser Haltung entschieden etwas entgegen. Ein kleiner Bub namens Jonathan, genannt Jojo, erzählt darin von seiner Familie: Seiner Mama, die einmal evangelisch war und die Tischlerei ihres Vaters weiterführt; seinem Vater, der orthodox ist und eine Tierarztpraxis leitet; seinem Onkel Achmed, einem muslimischen Krankenpfleger, und von allen anderen in der großen Familie. Die Idee des Buches ist dabei nicht primär, die Riten der einzelnen Religionen Judentum, Christentum und Islam vorzustellen, sondern eher die Verwirrung und Neugier, die Jojo verspürt, päd-

agogisch produktiv zu machen. Unterschiede beim Essen oder beten, oder die Regeln in Gotteshäusern führen in den Gesprächen mit Jojo zu Überlegungen über die Gleichberechtigung der verschiedenen Lebensweisen. Dabei setzt die Autorin auch den Kater Abraxas auf eine schlaue Weise ein, weil Jojo seine Katze verstehen und sich mit ihr unterhalten kann. Christine Hubka hat schon mehrere Bücher, auch Kinderbücher geschrieben, sie ist evangelische Theologin, hat als Lehrerin gearbeitet und ist in ihrer Pension u.a. als Gefängnisseelsorgerin aktiv. Man merkt ihrer Erzähl-

weise an, dass sie auch mit einem sehr reduzierten Format den Punkt trifft. Gerade auch in Kindergärten, wo Diversität im Gegensatz zu anderen Ländern in Österreich kaum in Ausbildung und Praxis berücksichtigt wird, wäre das Buch gut vorstellbar. Wunderbar illustriert von Agi Ofner, deren Bilder die Welt von Jojo erschaffen.

(gun)

Christine Hubka, Agi Ofner

Und doch sind alle Äpfel rund ...

Was Judentum, Christentum und

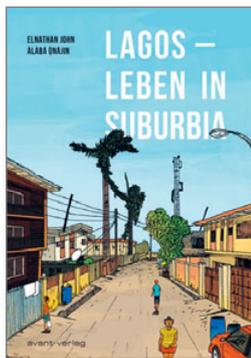
Islam gemeinsam haben

Eine besondere Familiengeschichte

Tyrolia Verlag 2021

32 Seiten, 17 Euro

GRAPHIC NOVEL



Lagos - Leben in Suburbia

Es ist der alltägliche Blick auf ein afrikanisches Land, der diesen Comic zu einem besonderen macht.

Die Geschichte dreht sich um eine Straße und ihre Bewohner*innen in einem Vorort der nigerianischen Millionenstadt Lagos. Im Tonfall einer nollywoodesken Soap wird hier getratscht, gestritten, geheuchelt und betrogen. Im Mittelpunkt steht Reverend Akpoborie und seine Familie. Die einzelnen Mitglieder, die wohl Teile der Gesellschaft repräsentieren, leben zwischen Konvention und deren Ablehnung. In bunten satten Farben und nicht zuletzt durch eine überzeugende Einbindung des nigerianischen Pidgin-Slangs

führt der Comic ein lebendiges Bild des Alltagslebens und seiner vielfältigen Beziehungen vor Augen.

An der Oberfläche zeigt sich eine Gesellschaft mit ihren bigotten Normen, die vor allem den Schein zu wahren sucht. Doch was, wenn etwas schief läuft? Eine zu frühe Schwangerschaft, die Entdeckung, homosexuell zu sein, die nur gespielte Ehrlichkeit der besten Freundin? Während der Reverend keine Tricks und Kosten scheut, um seine Gemeinde mit absonderlichen Wunderheilungen zu beeindrucken, geht er, als

er davon erfährt, mit seinem schwulen Sohn streng ins Gericht. Zugleich wird auch von seinen sexuellen Übergriffen auf das Dienstmädchen erzählt. Zum Glück gibt es da Figuren wie Aunty Susan, die sich von der Doppelmoral nicht verbiegen lassen und mit ihrem eigenen Lebensstil überzeugen. Elnathan John und Àlàbá Ònájìn bringen heikle Themen gewandt zur Sprache. (Martin Reiterer)

Elnathan John, Àlàbá Ònájìn

Lagos - Leben in Suburbia

avant-verlag 2021

224 Seiten, 25 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Wir sind noch da!

Schon der Titel sagt es klar: Dieses Buch ist auch aus der Sorge entstanden, dass Mädchen und Frauen in Afghanistan, nachdem sich die mediale Berichterstattung wieder neuen Themen zuwendet, vergessen

werden. Seit der neuerlichen Machtübernahme der Taliban sind Informationen über Grund- und Menschenrechte im Land spärlich gesät. Die kanadisch-afghanische Künstlerin und Menschenrechtsaktivistin Nahid Shahalimi gibt in ihrem Buch 13 Frauen eine Stimme, die im eigenen Land keine mehr haben. In ihrem einleitenden Essay erzählt Shahalimi eindrücklich über sich und ihre Geschichte zwischen Exil und ihrer Heimat, und wie sie über vier Jahre lang regelmäßig nach Afghanistan flog, um mit den verschiedensten Frauen in entlegensten Regi-

onen Gespräche zu führen. Sie schreibt: „Mit großer Beharrlichkeit sind diese Frauen Widerständen und Todesdrohungen zum Trotz ihren Weg gegangen – und haben damit anderen Frauen neue Möglichkeiten eröffnet und Wege geebnet, vor allem aber waren und sind sie große Vorbilder.“ Erschütternd ist immer wieder, wenn man in den Beiträgen liest, welche Möglichkeiten den Frauen durch die Sektenpolitik der Gotteskrieger verwehrt werden und wie sie unter großen Schwierigkeiten, oft im Exil, ihren Weg gehen. Etwa Aryana Sayeed, die in Kabul geboren, als Achtjährige

mit ihrer Familie floh, studierte und nach 2011 zurück in Afghanistan eine eigene Musikshow hatte. Oder Waslat Hasrat-Nazimi, die im deutschen Exil studierte und heute die Afghanistan-Redaktion der Deutschen Welle leitet. Oder Fereshteh Forough, die in Herat und später Berlin Informatik studierte, und zurück in Afghanistan die erste Programmierschule für Mädchen eröffnete. Lesenswert. (gun)

Nahid Shahalimi (Hg)

Wir sind noch da!

Mutige Frauen aus Afghanistan

Suhrkamp Insel Verlag 2021

144 Seiten, 22 Euro

BUCH



Kritik des Antisemitismus

„In Wahrheit gibt es letztlich nur ein einziges tragendes Motiv, sich mit Antisemitismus selbst zu beschäftigen:

ihm Widerstand entgegenzusetzen.“ So zitiert Autor Andreas Peham im einleitenden Kapitel Maximilian Gottschlich, um danach sogleich zu klären: „Kritisierbar ist aber weniger der Antisemitismus als die Formen ideologischer Vergesellschaftung und politischer Instrumentalisierung, die ihn beinhalten oder fördern.“ Wie die Formen des Antisemitismus über die Jahrhunderte, quer durch alle ideologischen Strömungen ausgesehen haben, beschreibt der Autor in der Folge in diesem äußerst dichten, mit vielen Zitaten versehe-

nen Buch. In der Folge umreißt Peham (ein langjähriger DOEW-Mitarbeiter) jene Theorien, die es zum Antisemitismus gibt und findet etwa bei Horkheimer/Adorno in der „Dialektik der Aufklärung“ eine Antwort auf die Frage, warum die Aufklärung den Antisemitismus nicht überwunden hat. Vielmehr entstanden hier in einer Art Mythologisierung und unreflektierter Aufklärung neue Formen des Antisemitismus (quasi als „Nebenprodukt der Zivilisation“, wie Simmel schreibt), durch die der zum Bürger zivilisierte Mensch

Unterdrückung verinnerlicht und nun selbst ausgeübt hat. Spannend auch, welche Kontinuitäten und qualitativen Sprünge es in der Geschichte des Antisemitismus der christlichen Kirche gibt. Auch wenn einiges davon bekannt ist, ergibt sich in der komprimierten Form der Darstellung ein klares Bild darüber, wie strategisch Antisemitismus eingesetzt wurde und wird. (gun)

Andreas Peham

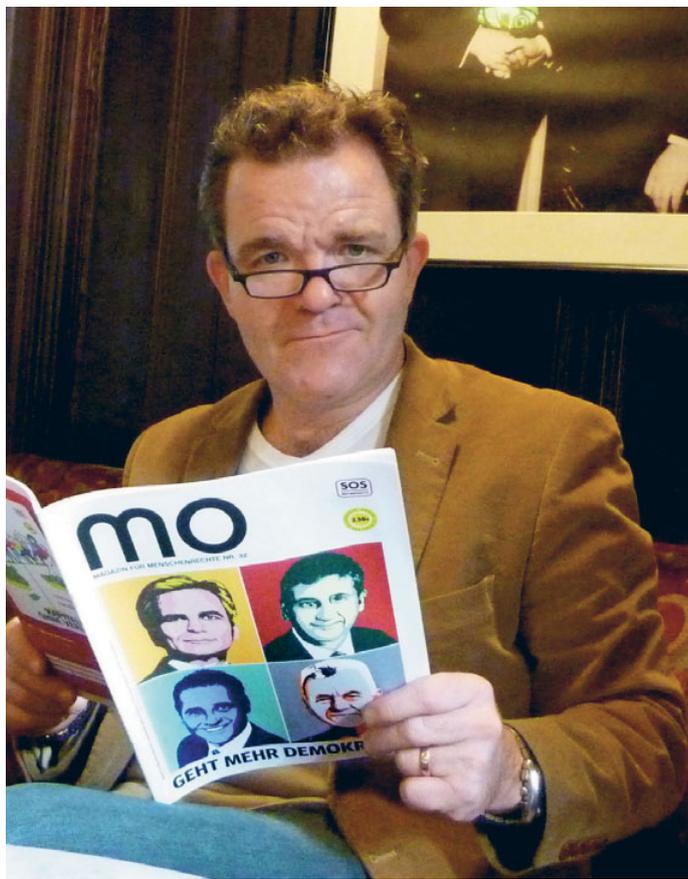
Kritik des Antisemitismus

Schmetterling Verlag 2022

240 Seiten, 12,40 Euro

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

- MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

ZAHLUNGSART

- Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

- Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

VISUM

Afghanische Forscherin in Sicherheit

Vier Monate musste Amena Karimyan in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad um ihre Sicherheit bangen. Österreich verweigerte ihr trotz vorheriger Visumzusage die Einreise. Nur durch private Unterstützung aus Graz konnte sie sich über Wasser halten. Durch öffentliche Appelle von SOS Mitmensch und anderen wurde schließlich das deutsche Außenministerium auf den Fall aufmerksam und

stellte der 25-jährigen Astronomin binnen weniger Tage ein Visum aus. Jetzt ist sie in Sicherheit.

Was bleibt, ist das schändliche Verhalten der österreichischen Bundesregierung. Akut bedrohte Menschen werden eiskalt im Stich gelassen. SOS Mitmensch ruft dazu auf, die Wiederbelebung humanitärer Aufnahmeprogramme zu unterstützen:

www.humanitaere-aufnahme.at/



Österreich ließ Amena Karimyan nicht einreisen. Deutschland brachte sie in Sicherheit.

KUNST FÜR MENSCHENRECHTE

31. Mai bis 9. Juni: Online-Benefizauktion zeitgenössischer Kunst

Unsere Kunstauktion hat Tradition – große Namen wie Arnulf Rainer, Markus Prachensky oder Otto Zitko unterstützen uns schon seit vielen Jahren. Aber auch viele neue, junge Künstler*innen kommen jedes Jahr dazu. Die über 100 Werke (Malerei, Grafik, Fotografie, Skulptur) zeigen die Bandbreite der österreichischen Gegenwartskunst: Von Gunter Damisch, Gelatin,

Alfredo Barsuglia bis zu Georgia Creimer, Renate Kordon und Markus Wilfling, um nur einige Namen zu nennen. Ihnen allen und den vielen Kunstliebhaber*innen gilt unser großer Dank!

Onlineversteigerung: von 31. Mai bis 9. Juni (17 Uhr)

Besichtigung: 7. Juni, 14 bis 20 Uhr, sowie am 8. Juni 2022, 9 bis 20 Uhr.

Ort: Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien. *Kontakt:* ute.meissnitzer@sosmitmensch.at
Ab Mitte Mai liegt ein umfangreicher Katalog auf, dann sind die Exponate auf www.sosmitmensch.at und www.dorotheum.com zu ersteigern. Die Werke sind teilweise steuerlich absetzbar. Für Detailinfos kontaktieren Sie bitte Ihre Steuerberatung oder das Finanzamt.

Tina will zurück nach Österreich

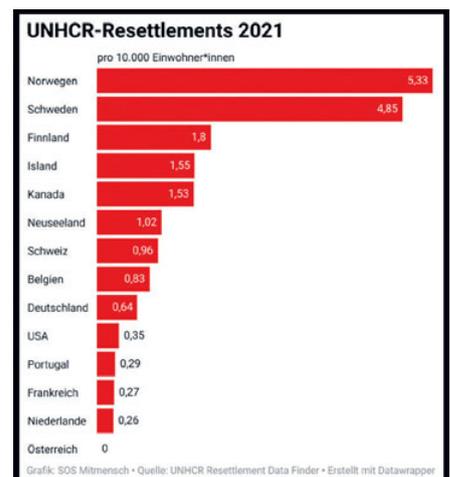
Vor einem Jahr wurden Tina und ihre Familie brutal aus Österreich abgeschoben, obwohl sie hier geboren und aufgewachsen ist. Das Kindeswohl wurde mit Füßen getreten. Kein Einzelfall! Tina kämpft weiter um ihre Rückkehr nach Österreich, um die Rückkehr in ihr Land. Sie hat bei der MA35 ein Schülerinnen-Visum beantragt.

Skandal um Posten im LVT

Das Innenministerium hat einen ehemaligen ÖVP-Politiker zum Leiter des Kärntner Landesamts für Verfassungsschutz bestellt, der mehrfach beim berüchtigten rechts-extremen Ulrichsbergtreffen aufgetreten ist. Erst massive Proteste bewirkten, dass das Ministerium die Notbremse zog und die Postenverteilung änderte. Wachsamkeit tut not!

Schändliche Nullnummer bei Resettlement

Neue Zahlen des UNHCR zur Aufnahme besonders schutzbedürftiger Geflüchteter stellen Österreich ein schlechtes Zeugnis aus. Während einige EU-Länder im Jahr 2021 ihre Aufnahmeprogramme verstärkt haben, stellte Österreich das vierte Jahr in Folge keinen einzigen humanitären Aufnahmeplatz bereit. SOS Mitmensch fordert: Das muss sich ändern!



Österreich verweigert aktive humanitäre Aufnahme. SOS Mitmensch-Initiative: humanitaere-aufnahme.at

ANDERE ÜBER...

Michael Ludwig am Betonweg

Der Kommentar der Klimaaktivistin Lena Schilling (Fridays for Future) entstand zwei Tage vor der Räumung des Lobau-Camps gegen die „Stadtstraße“. Warum setzt die Stadt Wien statt auf Gespräche lieber auf Klagen und Räumung?

KOMMENTAR: LENA SCHILLING

Während seit über fünf Monaten die Baustellen der „Stadtstraße“ stillstehen und hunderte Menschen gegen rückschrittliche Klimapolitik aufstehen, fährt die Stadt Wien seit Monaten einen Eskalationskurs. Bürgermeister Michael Ludwig und Stadträtin Ulli Sima präsentieren sich seit Mitte Dezember als Betonierer-Fraktion, die nicht bereit ist, auch nur einen Millimeter von ihren fossilen Großprojekten abzuweichen. Seit Anfang des Protests wurden der Stadt Wien unzählige Gesprächsangebote gemacht, die sie aber nicht wahrgenommen hat. Stattdessen spitzen Ludwig und Sima den Konflikt weiter zu. Mitte Dezember wurde das erste Mal die Räumung der besetzten Baustelle in der Hausfeldstraße angekündigt. Nur wenige Tage später gingen die ersten Klagsandrohungen an Aktivist*innen. Amnesty Austria beurteilte das als Menschenrechtsverstoß, als „SLAPP Klagen“ (strategic lawsuit against public participation), die zur Einschüchterung kritischer Stimmen gedacht sind. Diese Klagen erhielten auch Künstler*innen, Minderjährige und Personen, die auf Twitter „mentale Unterstützung“ leisten. Den Versuch, Menschen, die sich

zu politischen Ereignissen und Debatten äußern, einzuschüchtern, halte ich für eine klare Absage an die Demokratie. Als die Medien von den Klagsandrohungen berichteten, entschuldigte sich Sima bei einem 13- und einem 14-jährigen Mädchen, die die Briefe „irrtümlich“ erhalten hätten. Erst in der Folge dieser Geschichte kam es zu einem ersten Kennenlernen der Stadträtin mit uns Aktivist*innen. Für uns ist klar, dass gesellschaftlich relevante Themen wie Mobilität in Wien debattiert und gemeinsam verhandelt werden müssen. Die Frage ist aber: Lassen sich mit der Androhung einer Millionenklage und monatelangen öffentlichen Attacken gegen Aktivist*innen überhaupt Gespräche auf Augenhöhe führen?

Aus diesem Grund haben wir eine unabhängige Moderatorin organisiert und der Stadt mehrere Gesprächstermine angeboten, die von der Stadträtin allesamt abgelehnt wurden. Stattdessen hat man uns eine Woche lang täglich einen Gesprächstermin für den jeweils nächsten Tag angeboten, um den Druck zu erhöhen. Zum ersten Gesprächstermin hat man uns erklärt, dass es lediglich um den Abzug der Besetzer*innen gehen sollte, während die SPÖ nicht be-



Illustration: Petja Dimitrova

reit war, über klimagerechte Mobilitätslösungen zu sprechen. Das war für uns kein ernsthaftes Angebot. Angesichts der Klimakrise können wir alle es uns schlichtweg nicht leisten, darüber zu diskutieren, *ob* wir die notwendigen Maßnahmen setzen, um diese Krise einzudämmen, sondern wir müssen diskutieren, wie wir Wien zukunftsgerecht gestalten.

Und was macht die SPÖ Wien? Sie hält daran fest, mitten in der Klimakrise eine Stadtautobahn zu bauen. Und sie droht Umweltministerin Leonore Gewessler, mithilfe einer Klage die Realisierung der Lobau-Autobahn samt Tunnel unter dem Nationalpark doch noch durchzusetzen. Die Klimabewegung hat sich davon jedenfalls nicht einschüchtern lassen. Sie tritt seit Monaten entschlossen für eine klimagerechte und mutige Politik ein und ist der Beweis dafür, dass es sich manchmal lohnt, für Gerechtigkeit aufzustehen und sich dafür auch vor einen Bagger zu stellen. Die LobauBleibt-Bewegung hat einen historischen Erfolg errungen und ist die längste Besetzung für ökologische Ziele in Österreich, wobei die SPÖ leider auch in diesem historischen Kampf auf der falschen Seite gestanden ist.



Foto: Ahmed Akachia

APPELL AN DIE REGIERUNG:

**Humanitäre Aufnahme
von besonders
schutzbedürftigen
Menschen wieder einführen!**

JETZT UNTERZEICHNEN:

Erwecken wir die
humanitäre Tradition Österreichs
wieder zum Leben!

humanitaere-aufnahme.at

#HUMANITÄREAUFNAHME

Spendenkonto: IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590 | BIC: BAWAATWW

22. Kunst Aktion 2022

Online-Auktion: 31. Mai, 10 Uhr bis 9. Juni 2022, 17 Uhr

Ausstellung: 7. & 8. Juni 2022

Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien

www.dorotheum.com

www.sosmitmensch.at

Kunstauktion zeitgenössischer Kunst zugunsten von SOS MITMENSCH

